SECHS ABTEILUNGS-TEACH-INS DES PROJEKTBEREICHS – BESUCH DES WISSENSCHAFTSRATS IN DER UNI – KAMPF GEGEN FORMIERUNG IN DEN ABTEILUNGEN FÜHREN!

FHVAUL und Spartastuss aus dem AStA raus — eine kalte dusche für renate zimmermann-eisel!

Die Uni-Vollversammlung vom 27. April hat mit eindeutiger Mehrheit der von AStA und SHB vorgelegten Resolution zugestimmt und beschlossen, die jetzt angesetzten Wahlen zum 6-Wochen-Universitätsparlament zu boykottieren. Damit protestiert die Studentenschaft gegen die vom Staatskommissar erlassene Wahlordnung zum UP, die die Amtszeit dieses UP auf 6 Wochen beschränkt und damit jede sinnvolle politische Arbeit in diesem Gremium von vornherein unmöglich macht und die außerdem in die Rechte der Studenten dadurch eingreift, daß die Fachschaften von der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen ausgeschlossen werden.

6. 5. 1971

BSZ

10 Pf Nr. 77

bochumer studenten zeitung

universität bochum u. klinikum essen

Keine grundsätzliche Absage an Gremienarbeit

Dieser Beschluß bedeutet keine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Arbeit im UP. Das wird von Spartakus immer wieder so fälschlich dargestellt. In der Resulution, die die Vollversammlung verabschiedet hat, steht jedoch ausdrücklich (Punkt 6), **daß in der Studentenschaft auf der Grundlage des Gemeinsamen Aktionskonzepts die inhaltlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen für die zukünftige UP-Arbeit.**

Dieser Punkt wurde auf der Vollversammlung einzeln abgestimmt und gegen die Stimmen der Roten Zellen und des KSB/ML von den Studenten der Vollversammlung angenommen. Der Vorwurf des Spartakus, die Resolution sei nur mit den Stimmen von SHB und einigen „ML-Sektieren" durchgesetzt worden, ist schon deshalb lächerlich.

Die Mehrheit der Vollversammlung lehnte vielmehr die kritiklose UP-Euphorie von Spartakus und BSU ab und folgte der Argumentation des SHB: Keine prinzipenlose Mitarbeit in jedem Gremium, in dem uns Mitwirkungsrechte eingeräumt sind,
sondern Abschätzung der politischen Vor- und Nachteile, die uns eine solche Mitarbeit bringt.

Prinzipienlose Mitarbeit und Illusionsmacherei unterstützt die Bestrebungen des Staates, uns in seine Institutionen zu integrieren und die politische Studentenbewegung zu zerschlagen.

Diesen Versuchen müssen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln politisch begegnen. **Wahlboykott ist ein Mittel des politischen Kampfes!**

Beteiligung am 6-Wochen-UP = politische Kapitulation

Durch die Ausschreibung der Wahllen zu einem 6-Wochen-UP haben Rektorat und Staatskommissar die besten Voraussetzungen dafür geschaffen, **die politische Studentenbewegung zu pazifizieren und die Aktivität der Studenten dorthin zu lenken, wo sie kontrollierbar und steuerbar sind: nämlich in ein Rumpf-Universitätsparlament, in dem wir zwar mitspielen dürfen, auf dessen Spielregeln wir jedoch keinen Einfluß haben.**

Gegen das 6-Wochen-UP spricht:
1. Zwei Wahlen zum UP innerhalb eines Semesters setzen falsche Schwerpunkte für die politische Arbeit des Sommersemesters. Das zeigt schon der massive Kampf des Spartakus für dieses UP mit illusionären Versprechungen.

2. Der Übergangscharakter dieses UP bestimmt auch von vornherein die Aufgaben, die dieses UP erfüllen kann. Diese Aufgaben sind rein administrativer Art (u. a. Änderung der Wahlordnung zum UP). **Die Verfechter des 6-Wochen-UP stehen damit in eklatantem Widerspruch zum „Gemeinsamen Aktionskonzept der Assistenten und Studenten der RUB", das die inhaltliche Arbeit im Interesse von Studenten und Assistenten (z. B. Beschlüsse über progressive Studien- und Prüfungsordnungen) zum Prinzip für die Mitarbeit im UP erhebt.**

3. Durch die von Staatskommissar Saß erlassene Wahlordnung wurde massiv in die Rechte der Studentenschaft eingegriffen.

Rektorat will „geregelte Auseinandersetzung"

Die Intention des Rektorats ist klar:
Ihm liegt am Zustandekommen eines UP, weil auch dem Rektorat ein Staatskommissar politisch unbequem ist. **Das Rektorat will jedoch das UP dazu benutzen, die Studenten in das bestehende Herrschaftssystem zu integrieren. Die „geregelte hochschulpolitische Auseinandersetzung im Universitätsparlament" (Rektorats-Flugblatt v. 23. 4.) soll dazu dienen, Interessengegensätze zwischen den Mitgliedsgruppen der Universität zu nivellieren** und den Studenten das Gefühl zu vermitteln, Rektorat und Dozentenschaft seien ihre Bündnispartner im gemeinsamen Bestreben einer „geregelten" Selbstverwaltung der Universität.

Die Folge davon wird die Schwächung der politischen Studentenbewegung sein. Durch die Einflußnahme hat das Rektorat die besten Voraussetzungen dafür geschaffen, sein Ziel der politischen Schwächung und Integration der Studenten zu erreichen.

Staatskommissar salonfähig machen?

Die Uni-Vollversammlung am 9. 12. 70 hat beschlossen, den Staatskommissar mit allen Mitteln zu bekämpfen. Diesen Kampf führen wir selbst ad absurdum, wenn wir die Bedingungen hinnehmen, die uns der Staatskommissar für die Installierung eines neuen UP setzt. Spartakus scheint nicht zu begreifen, daß der Staat solche Repressionsmittel immer wieder einsetzen wird, wenn sie sich einmal bewährt haben. Eine studentische Beteiligung an dem 6-Wochen-UP ist die beste Bewährungsprobe für direkte staatliche Eingriffe in die Universität. Der Beschluß der Vollversammlung, das 6-Wochen-UP zu boykottieren, ist die konsequente Fortsetzung der studentischen Politik und die einzig richtige Antwort auf den Versuch, uns politisch zu schwächen!

Bündnis mit Assistentenschaft nicht gefährdet

Spartakus versucht mit allen Mitteln, die Politik des AStA und die Entscheidung der Vollversammlung gegen das 6-Wochen-UP zu verteufeln. **Sein Hauptargument ist, der AStA zerschlage „mutwillig" das seit dem letzten Semester bestehende Bündnis zwischen Studentenschaft und Assistentenschaft.** Glaubt Spartakus, sich durch solche sachlich schlicht falschen Behauptungen besser profilieren zu können?

Das Bündnis zwischen AStA und Assistenschaft besteht nach wie vor. Seine Grundlage ist das gemeinsam erarbeitete Aktionskonzept, das auf Seiten der Studenten nicht Spartakus erarbeitet hat, sondern Renate Zimmermann-Eisel (SHB) und Manfred Buhl. **Der Assistentenrat hat ausdrücklich betont, daß er „trotz der unterschiedlichen Einschätzung der Lage bei den Wahlen zum Universitätsparlament diese Grundlage (des Bündnisses) nicht in Frage gestellt" sieht** (Beschluß des Assistentenrats vom 28. 4. 71).

Vertretet Eure Interessen selbst!

Der AStA ruft alle Studenten und Assistenten auf, sich im Sommersemester aktiv an den Kampagnen gegen das Hochschulrahmengesetz und Ausbildungsförderungsgesetz, für den Ausbau des Projektbereiches Lehrerausbildung, für Aktivierung der Abteilungsarbeit zu beteiligen.

Wir rufen alle politischen Hochschulgruppen und Einzelkandidaten auf, dem Beschluß der Vollversammlung zu folgen und das 6-Wochen-UP zu boykottieren!

Füllt die Forderungen des Aktionsrats mit Inhalt! Erarbeitet solche Studienordnungen und Abteilungssatzungen, für die es sich im nächsten UP zu kämpfen lohnt!
Für das Gemeinsame Aktionskonzept!

Für den Boykott des 6-Wochen-UP!
Für die inhaltliche Arbeit in Fachschaften, Projektbereichen, Basisgruppen, Rote Zellen, Abteilungsgruppen!

Spartakus und FHV verlassen AStA-Koalition

Der Beschluß der Uni-Vollversammlung vom 27. April, die Wahlen zum 6-Wochen-UP zu boykottieren, war für Spartakus und FHV, die Koalitionspartner des SHB im Vorstand der Studentenschaft (AStA), der Anlaß, aus dem AStA auszutreten.

Die Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den Wahlen zum 6-Wochen-UP hatte im AStA zu politischen Kontroversen geführt. **Die Mehrheit des AStA** (Renate Zimmermann-Eisel, SHB, Rainer Stollmann, SHB, Manfred Buhl) **vertrat den Standpunkt, durch Wahlen zum 6-Wochen-UP akzeptiere die Studentenschaft die Politik von Staatskommissar und Rektorat. Außerdem könne in einem 6-Wochen-UP das gemeinsame Konzept von Studenten und Assistenten nicht verwirklicht, sondern nur eine falsche politische Orientierung gegeben werden.**

Robert Farle (Spartakus) hingegen vertrat die Position, die Studentenschaft müsse auf jeden Fall auch in diesem UP vertreten sein. **Aufgrund einer illusionären Einschätzung des 6-Wochen-UP glaubte Spartakus, dort die inhaltlichen Forderungen des Gemeinsamen Aktionskonzepts durchsetzen zu können — sogar in einer einzigen Sitzung des UP.**

Da innerhalb des AStA sich zwar eine Mehrheit für den Boykott des 6-Wochen-UP aussprach, wir aber eine Einigung aller AStA-Mitglieder und Koalitionspartner für wesentlich hielten, beschloß der AStA, diese Frage von einer Vollversammlung entscheiden zu lassen. Der FHV schloß sich einen Tag vor der Vollversammlung der Position des Spartakus an.

Beschluß der Vollversammlung

Die Vollversammlung hat die politische Situation an der Ruhr-Universität richtig eingeschätzt und daher beschlossen, auf die direkten Eingriffe des Rektorats und des Staatskommissars in die Rechte der Studenten mit dem Boykott des 6-Wochen-UP zu antworten.

Politische Beschlüsse von Vollversammlungen sind von jeher von den linken Hochschulgruppen als maßgeblich akzeptiert worden, da das Studentenparlament zwar den AStA wählt, aber politisch keinerlei Funktion hat. Die Vollversammlung ist daher das unmittelbare Korrektiv für die Politik des AStA.

Spartakus und FHV jedoch erklärten ihren Austritt aus dem AStA, weil sie auf der Vollversammlung trotz der Unterstützung durch die rechten Hochschulgruppen unterlegen waren.

UP Prestigefrage?

Der SHB hatte die Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den UP-Wahlen nicht zur eigenen Prestigefrage erhoben. Der SHB vertritt den Standpunkt, daß er im AStA den Beschluß einer Vollversammlung ausführen muß, solange dieser seine langfristige Strategie nicht vereitelt. Er war der Meinung, daß der Aufruf zum Wahlboykott nur dann Sinn hätte, wenn er von genügend aktiven Studenten unterstützt würde. Bei Ablehnung durch die Vollversammlung hätte er nicht weiter zum Wahlboykott aufgerufen, sondern sich der Entscheidung der Vollversammlung unterworfen.

Robert Farle

Spartakus: Verdrehungen und Illusionen

Nicht so Spartakus. Er wollte die Vollversammlung nur zur Akklamation der eigenen Position und zog aus der Ablehnung seiner Resolution durch die Vollversammlung keine Konsequenz.

Vielmehr versuchte er hinterher, die Vollversammlung als irrelevant hinzustellen, obwohl sie von über 700 Studenten besucht war, von denen bei der Abstimmung noch zwei Drittel anwesend waren. **Obwohl er selbst auch mit Unterstützung der BSU-Anhänger, deren Ziele Spartakus sonst doch ablehnt, noch klar unterlegen war, versucht er, die Mehrheit der Vollversammlung als „einige SHB-Leute und ML-Sektierer" wegzuleugnen.**

Robert Farle als AStA-Mitglied, Walter Ulbricht als Parteichef zurückgetreten: AStA-Politik setzt sich durch!

Abteilung Wirtschaftswissenschaft:
Durchfallquote:
Zwischenprüfung 42%
Diplomprüfung 38%

PRÜFUNGS-TERROR SONDERSEITE S. 5

CABORA-BASSA S. 4

HONNEF WIRD ABGESCHAFFT! S. 5

Für Spartakus war nämlich die Entscheidung der Vollversammlung gegen das 6-Wochen-UP nicht vereinbar mit seiner generellen Strategie. **Das zeigt eindeutig, daß Spartakus der Illusion unterliegt, das UP sei das wesentliche Instrument der studentischen Interessenvertretung.** Eine solche einseitige Fixierung auf das UP widerspricht nicht nur dem Aktionsprogramm, das die Grundlage unserer AStA-Arbeit bildet (abgedruckt in BSZ Nr. 65), sondern auch der Einschätzung von Gremienpolitik, wie sie im gemeinsamen Aktionsprogramm des AStA und des Vorstands der Assistentenschaft zum Ausdruck kommt.

Spartakus gremienfixiert

Spartakus wirft dem AStA vor, den Kampf gegen „Rechts" nicht führen zu wollen. Er sagt, man dürfe „Machtpositionen" wie das UP nicht aufgeben und gibt zugunsten des UP sogar den AStA auf, der als studentisches Dachorgan nicht, wie das UP, nur abgeleitete institutionelle Interessen der Studenten vertritt, sondern auch die sozialen und Studieninteressen, und der somit in viel engerer Beziehung zur Mehrheit der Studenten steht als ein Gremium wie das UP. **Solches Verhalten unterstreicht in eklatanter Weise die Gremienfixiertheit des Spartakus, die er selbst immer bestreitet.**

Fred Blecher

Linke Einheit zerstört

Sicher ist, daß Spartakus die Rechtskräfte, die er bekämpfen will, durch seine Entscheidung unterstützt. Sein polemischer Kampf gegen die linke Mehrheit im AStA und der Versuch, die Durchsetzung der Resolution der Vollversammlung durch demagogische Wahlwerbung zu sabotieren, nützt kaum der Profilierung und Festigung ideologischer Positionen, geschweige denn der Verbreiterung der demokratischen Basis. Sie nützt den Rechtskräften, denn der notwendige Kampf gegen „Rechts" kann solange nicht wirksam geführt werden, wie die linken Gruppen sich untereinander auch in Einzelfragen bekämpfen.

Prozesse vertagt!

Die Prozesse der Heimbewohner des Thadden- und Hardenberghauses gegen die Träger der Heime sind vorerst vertagt (Neuer Thadden-Termin: 26. Mai 71). Interessant ist das zynische Argument des Rechtsanwaltes der ev. Landeskirche, Träger des Thaddenheimes, die Mieterhöhungen seien nicht zu hoch, viele Studenten zahlten ja die neue Miete (im Mai werden ziemlich sicher 80 Prozent streiken). Wie sieht wohl die Alternative von Rechtsanwalt Bartels aus?

Wem die Mieten zu hoch sind, der soll wohl im Wald schlafen, oder?

Die Devise „Was bezahlt wird, ist auch sozial gerecht" ist jedenfalls eine sehr bezeichnende Haltung für die auf ihre sozialen Einrichtungen stolze Kirche. rst.

AStA setzt seine Politik fort

Der SHB hat den Bruch der AStA-Koalition nicht gewollt. Der AStA wird seine seit einem Dreivierteljahr durchgeführte und von der Vollversamllung ständig bestätigte Politik jedoch unbeirrt fortsetzen:

- **Vertretung der sozialen und Studieninteressen zur Verbesserung der konkreten Studiensituation; z. B. durch Schaffung von Kommunikationszentren wie rub-pub; Zusammenarbeit mit dem Studienbüro; Initiativgruppen und Einzelaktionen;**
- **intensive Unterstützung und Anregung inhaltlicher Arbeit in Fachschaften und Projektbereichen, Basisgruppen, Roten Zellen etc.: Ziel ist die Auseinandersetzung mit den gebotenen Studieninhalten, Studienordnungen und Studienzielen sowie mit der Berufsperspektive und die Erarbeitung konkreter Alternativen, die in der Studentenschaft vermittelt werden müssen;**
- **zentrale Informationskampagne über die staatlichen Pläne und Maßnahmen zur vollkommenen Lenkung der Universität, über die inhaltlichen Bestimmungen von Hochschulrahmengesetz und Ausbildungsförderungsgesetz und ihre Auswirkungen auf die Studenten;**
- **Aktivstreik im ganzen vds gegen die Verabschiedung von Hochschulrahmengesetz und Ausbildungsförderungsgesetz.** rze

POLIZEIAKTION GEGEN STUDENTEN?

Was ist wichtiger? Daß 15 Professoren und Assisteten in eine elitäre Wohnung umziehen können oder daß 75 Studenten überhaupt eine Wohngelegenheit erhalten? Ohne Zögern gibt Wohnungsfürsorgereferent VOGL von der SEEL-Administration den sozial starken Landesbediensteten (Förderungsgruppe 2) den Vorzug, ohne auch nur dabei die Spur eines schlechten Gewissens zu zeigen.

Doch konkret: In der Hustadt wohnen zur Zeit 270 Studenten. Diese Möglichkeit wurde 1968 geschaffen, als sich nicht genug der sozial Starken bereitfanden, den damals vorherrschenden Baustellenlärm und -dreck in Kauf zu nehmen. Inzwischen sind die Wohnblocks in der Hustadt fertiggestellt und damit zu einer attraktiven Wohngegend geworden.

Auf einmal merkt man bei der SEEL-Administration, daß jetzt diese Wohnungen mit gutem Gewissen den Profs. angeboten werden können. Was liegt näher, als die ohnehin unterprivilegierten Studenten einfach umzusiedeln? Zwar werden durch das Akafö, dem Vermieter dieser Wohnungen, Ersatzplätze in der Overbergstraße angeboten, die vorher verschiedenen Uni-Instituten als Büroräume gedient haben, doch müssen diese eigentlich jenen zugeteilt werden, die bisher noch vergeblich nach einem Wohnplatz in Bochum fahndeten und deshalb weiterhin täglich weite Anfahrtswege auf sich nehmen müssen (der Pendlerkreis der Studenten bewegt sich bis nach Hamm, Hagen, Düsseldorf, d. h. bis zu eineinhalb Stunden Fahrtzeit).

Wie ist die Lage auf dem Bochumer Wohnungsmarkt? Zu Beginn dieses Semesters benötigen ca. 2000 Studenten einen Wohnplatz. Auf dem privaten Sektor ist so gut wie nichts zu holen. Der Referent für Bauangelegenheiten HAPPE kann ebenfalls nur mit **einem** neuen Wohnheim mit 99 (!) Plätzen zu Beginn dieses Semesters aufwarten! Weitere Wohnheime werden vor Beginn des WS 1972/73 **mit Sicherheit** nicht fertig. Wer's nicht glaubt, möge Referent HAPPE fragen.

Und ein weiterer Aspekt ist von entscheidender Bedeutung: Durch die Wohnraumknappheit werden die Preise in krimineller Weise nach oben getrieben (WAZ v. 28. 4. 71: 150,— DM Angebot für eine Studentin, die am Wochenende nach Hause fahren muß), und das nicht nur auf dem privaten Sektor, sondern ebenfalls in den Bochumer Studentenheimen. **(Hardenberg-Haus, Thadden-Haus, Roncalli-Haus, Hegge-Kolleg etc.)**

Diese Auswirkungen sind entscheidend darauf zurückzuführen, daß die Uni-Verwaltung in abenteuerlicher Weise die Studenten verschaukelt.

Nachdem die Uni jetzt immer größere Kapazitäten anbieten kann (Hochrechnung für das WS 71/72: mindestens 18 000 Studienplätze!), wird auch der Zuzug weiterer Studenten in großem Ausmaße (mindestens 4 000 Neuimmatrikulierte im nächsten Wintersemester) zu erwarten sein. Wo sollen sie hin? Das weiß heute keiner zu sagen, am allerwenigsten die Uni-Verwaltung. Der Wohnungsnotstand nimmt also immer bedrohlichere Formen an. Und keiner will den Studenten ernsthaft helfen. Im Gegenteil: 75 Studenten sollen in die Overbergstraße umziehen und damit anderen Kommilitonen die Wohnplätze stehlen, nur damit Profs und Assistenten weiter ihre Privilegien behalten können. Wohnungen in der Größenordnung der Hustadtwohnungen sind aber durchaus auf dem freien Wohnungsmarkt zu bekommen.

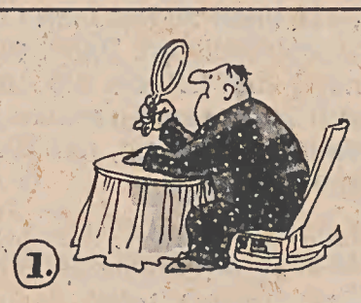
Die Hustadt-Studenten haben sich angesichts dieser für die Gesamtheit der wohnungssuchenden Kommilitonen nahezu hoffnungslosen Situation einstimmig dazu entschlossen, die Wohnungen nicht freiwillig zu räumen und damit auch keinen Kommilitonen ein Zimmer zu stehlen. Sie werden vielmehr die Wohnungen auch dann besetzt halten, wenn ihnen dort das Wohnrecht entzogen wird. Es wird sich zeigen, ob die SEEL-Administration es sich leisten kann, vor aller Öffentlichkeit eine Räumungsklage nicht nur zu erheben, sondern sie im Falle eines Prozeßgewinns auch durch eine Hundertschaft Polizei ausführen zu lassen.

Damit hätten sie sich wieder einmal als Interessenvertreter der professoralen Privilegien und somit als antisozial erwiesen. Für unseren Wohnraum müssen wir kämpfen, denn geschenkt wird uns nichts. Die berechtigten Interessen der Studenten können nur die Studenten selbst in die Hand nehmen, sonst werden sie auch weiterhin durch die Bürokratie unterdrückt! Stellt Anträge auf einen Wohnplatz in Bochum! Wendet Euch an das Akafö, Baracke 4! Nehmt nicht länger die unsozialen Anfahrtswege in Kauf! **Besetzt das freiwerdende Heim in der Overbergstraße! Der AStA wird diese Aktion unterstützen!**

Helmut Kurpium
Jürgen Hölterhoff
Hustadt

An alle Studierenden in den G-Gebäuden

Wenn ihr die Stühle aus der Cafeteria nach draußen setzt, stellt sie **nur auf** den **Kiesbelag.** Wenn die Stühle woanders stehen, wird es eines Tages durch die Decken der Hörsäle tropfen. Da man nicht genau berechnen kann, daß sich die undichten Stellen über den Pulten der Profs befinden, empfiehlt es sich dringend, die Stühle wirklich nur auf den **Kies** zu setzen.



1.

Prozesse wegen Beteiligung an Roter-Punkt-Aktion

Der Staat schlägt zurück! Die ersten Prozesse gegen Rote-Punkt-Demonstranten laufen im Mai an. Jeder, der noch Vorladungen etc. erhält, soll sich sofort beim AStA melden. Ihr bekommt Rechtsbeistand und werdet auf jede Weise unterstützt:
AStA, Baracke 1, Zi. 14

2.

Leserbrief

...macht Ihr ruhig Eure Diskothek und Flipperkneipe so weiter; für kreative, darüber hinausgehende Aktivitäten wird darin jedenfalls kein Platz sein (etwa so, wie in einer der letzten BSZ-Nummern konzipiert). Programmiert die Leute ruhig weiterhin so auf besinnungslosen Konsum, wie es in letzter Zeit geschehen ist, und ihr werdet in Kürze einen eigenen Taxistand am RUB-PUB aufmachen können.

Sebastian Feldmann
(Studienkreis Film)

3.

rub-pub

Für alle, die mithelfen wollen, den RUB-PUB aus dem Konsumsumpf wieder herauszuziehen und zu dem geplanten Kommunikationszentrum umzugestalten, finden Mo., 10. 5. und Di., 11.5. von 16 bis 17.30 Uhr

ARBEITS-BESPRECHUNGEN statt.

Wenn ihr statt zu diesen Treffen erst abends zum Schwoof kommt, braucht ihr über den Niedergang des RUB-PUB nicht mehr zu schimpfen.

4.

Fachschaftsseminar - ein neuer Anfang -

Über Rundbrief und BSZ hatte der AStA die Fachschaftsvertreter zu einem Fachschaftsseminar eingeladen. Man mußte befürchten, daß die Veranstaltung im Schatten des am vorhergehenden Tag erfolgten Bruchs der AStA-Koalition stehen würde.

Es stellte sich aber schon bald heraus, daß sich die Wogen schon etwas geglättet hatten: **angesichts der Notwendigkeit gemeinsamer Fachschaftsarbeit stand die Kontroverse um eine vergleichsweise nichtige Frage wie die Beschickung des 6-Wochen-UP schon bald im Hintergrund.**

Von der Beteiligung her kann man das Seminar als ersten Erfolg werten: waren zur letzten Fachschaftsvertreterkonferenz im Wintersemester nur vier Fachschaften erschienen, so war es diesmal schon fast die Hälfte; und das, obwohl in vielen Fachschaften gerade Neuwahlen oder „Amtsübergaben" bevorstehen.

Natürlich war es unvermeidlich, auch über die UP-Frage kurz zu sprechen. Es wurde vereinbart, diese Frage nach dem Gerichtsentscheid über den Antrag auf einstweilige Anordnung noch einmal aufzugreifen.

Zunächst berichteten die Fachschaftsvertreter kurz über die Arbeit des vergangenen Semesters. Die Arbeitsformen(und -gegenstände waren recht vielfältig, die Erfolge unterschiedlich. Allen Fachschaften gemeinsam war die Beschäftigung mit **Abteilungssatzungen,** wobei sich herausstellte, daß zumeist **gemeinsam mit den Assistenten** gegen die Professoren gekämpft werden muß. Besonders im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, wo ohnehin der größte Leistungsdruck zu bestehen scheint, und deshalb die auch institutionelle Einflußnahme auf Studien- und Prüfungsordnungen nötig wäre, sind paritätische Abteilungssatzungen wohl **nur mit starkem Druck von unten durchsetzbar.**

In der Folge ging es um die Erörterung gemeinsamer Initiativen im Sommersemester, insbesondere sinnvoller Maßnahmen während der Verabschiedung von Hochschulrahmengesetz, Ausbildungsförderungsgesetz, etc. **Der Aufbau der Abteilungsgruppen des Projektbereiches Lehrerausbildung,** der in den nächsten Wochen erfolgen soll, schafft in vielen Abteilungen neue Arbeitsmöglichkeiten, die gerade während einer Kampagne gegen das Hochschulrahmengesetz genutzt werden sollten. Die vorliegenden Analysen des Projektbereichs machen deutlich, wie die Formierung des Bildungssektors jeden Lehrerstudenten trifft.

Aber auch in den anderen Abteilungen wird die Formierung nun auch direkt sichtbar. Der **Besuch des Wissenschaftsrates in der RUB** (Näheres dazu an anderer Stelle) könnte während eines **Aktiv-Streiks Ende Mai** in seinen Konsequenzen allen Studenten vermittelt werden. Ein solcher Streik wurde generell für richtig gehalten. Schon jetzt sei aber klargestellt, daß mit ihm nicht beabsichtigt werden kann, die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes zu verhindern. **Es kommt darauf an, die Konsequenzen aufzuzeigen, die sich für jeden einzelnen Studenten daraus ergeben, und möglichst alle Studenten zur aktiven Arbeit an Gegenmaßnahmen zu gewinnen.** Nahziel könnte dabei die Vorbereitung des Wissenschaftsrats-Besuchs sein. Allgemein akzeptiert wurde, daß die Streikarbeit vordringlich in den einzelnen Fachschaften geleistet werden muß. Zentrale Veranstaltungen können diese Arbeit lediglich ergänzen. **Zur weiteren Vorbereitung der Streikwoche treffen sich die Fachschaften wieder am Montag, den 10. Mai, 16.30 Uhr, Baracke III.**

Die Fachschaftsseminare sollen nicht in geregelter Folge und routinemäßig, sondern jeweils mit thematischen Schwerpunkten fortgeführt werden. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft auch jene Fachschaften, die diesmal noch abwesend waren, an diesen Veranstaltungen teilnehmen werden.

Projektbereich-Plattform

Die hier abgedruckte vorläufige Plattform des Projektbereichs Lehrerausbildung gibt den derzeitigen Stand der Diskussion wieder. Sie ist so gehalten, daß sich alle linken Hochschulgruppen mit ihr konstruktiv auseinandersetzen können. Sie ist für Verbesserungsvorschläge offen. Eine der ersten Aufgaben der unten skizzierten Projektbereichs-Vollversammlung müßte es sein, diese Plattform zu verabschieden.

I. Vorbedingungen

Die Formierung auf dem Bildungssektor schreitet fort. Nach der Verabschiedung der Landeshochschulgesetze stehen nun Hochschulrahmengesetz, Ausbildungsförderungsgesetz, Graduiertengesetz, Statistikengesetz u. a. zur Diskussion. Konkret soll durch diese Gesetze die Vereinheitlichung des bisher vielfältig gegliederten Ausbildungswesens erreicht werden. Diese Vereinheitlichung ermöglicht erst jene Maßnahmen, die die Herrschenden ergreifen müssen, um mit einem Minimum an finanziellem Aufwand, bei Beibehaltung der bisherigen Rüstungsprioritäten, die Anpassung der Auszubildenden an die im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution benötigten höheren, weil disponibleren Qualifikationsniveaus in der Sekundarschule durchsetzen zu können. Einzelne dieser Maßnahmen sind: Schullaufbahn und Studienberatung (d. h. Interessenmanipulation), Verkürzung und Überwachung der Studien (d. h. Erhöhung des Leistungsdrucks), finanzielle Restriktionen im Förderungsbereich (d. h. Disziplinierung besonders der auf staatliche Förderung Angewiesenen).

Die **inhaltliche** Neudefinition von Schulfächern und Studiengängen hält damit nicht Schritt; zum einen ist die Curriculum-Forschung längerfristig angelegt — sie wird kaum vor Ende dieses Jahrzehnts praktische Konsequenzen nach sich ziehen — zum anderen soll durch die starke Betonung eines „staatlichen Lenkungsausschuß" im neugegründeten Curriculum-Institut erreicht werden, daß dieses Institut sich von vornherein gar nicht erst mit der Realisierung von Zielen im Interesse der Unterschichten (Chancengleichheit, individuelle Förderung), sondern gleich mit der Anpassung der inhaltlichen an die bis dahin bereits durchgeführten organisatorischen „Reformen" befaßt. **Die Reaktion der Betroffenen entspricht bisher in keiner Weise dem Gewicht der geplanten Maßnahmen.** Ihre schrittweise, daher fast unmerkliche Realisierung droht eine massive Gegenwehr zu verhindern. Andererseits hat sich dort, wo diese Maßnahmen gar zu offensichlich waren (Diplomprüfungsordnung Mathematik, Naturwissenschaften), gezeigt, daß die Studenten bei bewußtseinsmäßiger Erfassung der Ereignisse zum Widerstand bereit sind.

Die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis muß deshalb sein: Massive Informierung der Studenten über den Gesamtkomplex der geplanten Maßnahmen und Versuch, sie für **aktive** Arbeit zu deren Verhinderung zu gewinnen.

II. Projektbereiche

Bei allen **objektiv** gleichen beruflichen Perspektiven für alle Studenten (d. i. Inpflichtnahme für die Interessen des kapitalistischen Staates) stellen sich diese Perspektiven für einzelne Studentengruppen doch **subjektiv** verschieden dar; d. h. angehende Lehrer werden von der Unterwerfung der Wissenschaft unter die Kapitalinteressen in anderer Form betroffen als z. B. Naturwissenschaftler. Deshalb ist es notwendig, diese jeweils verschiedene subjektive „Interessenlage" aufzugreifen und nuztbar zu machen. Den Projektbereichen liegt diese Erkenntnis zugrunde; unter Berücksichtigung der jeweiligen beruflichen Perspektive soll die oben bezeichnete objektive Erkenntnis gefördert werden und zu gemeinsamen Kampfformen führen.

III. Projektbereich Lehrerausbildung

Ausgehend von dieser Grundeinschätzung legte der Projektbereich Lehrerausbildung zunächst ein „Info 1" vor, das die gesellschaftlichen Bedingungen für die Formierung des Bildungssektors und die geplanten Konsequenzen für Schule und Hochschule darstellte. Es stellte sich heraus, daß dieses Info allein nicht ausreichte, um den Studenten ihr ganz persönliches Betroffensein klarzumachen. Deshalb wurde ein zweites Info erstellt, das die Situation der einzelnen Fächer umriß. Aufsehenerregendstes Resultat dieser Untersuchung: Verlagerung der schulischen Schwerpunkte von den nicht unmittelbar profitablen Geisteswissenschaften hin zu den Naturwissenschaften. Diese Entwicklung beweist erneut die Notwendigkeit des Projektbereichs: nur durch die Zusammenfassung **aller** Lehrerstudenten kann verhindert werden, daß z. B. die Geisteswissenschaftler rein lobbyistisch ihre Position auf Kosten der Naturwissenschaften zu verteidigen versuchen, nur so kann den Lehrern ihre gemeinsame Klassenlage vermittelt werden, die freilich erst noch weiter definiert werden müßte.

Die jüngste Entwicklung um den Bildungsgesamtplan (weitere finanzielle Abstriche) sollte auch dem letzten die Illussion rauben, daß mit den organisatorischen, rein restriktiven Maßnahmen auch eine inhaltliche Neubestimmung (Demokratisierung von Lehrinhalten) einhergehen könnte. Daraus ergibt sich für den Projektbereich inhaltlich einerseits die Aufgabe, Grundzüge einer demokratischen Studien- und Schulreform zu entwerfen, für deren Verwirklichung zu kämpfen und im Falle ihrer Ablehnung durch die Herrschenden die Gründe aufzuzeigen, andererseits aber darauf zu achten, daß nicht durch eine zu intensive, isolierte Beschäftigung mit Problemen des einzelnen Faches die gesamtgesellschaftliche Situation (sozio-ökonomische Hintergründe der Formierung) unbeachtet bleibt und gemeinsame Kampfmaßnahmen vernachlässigt werden.

V. Organisatorische Maßnahmen

Unter diesen Bedingungen gilt es, an Hand der Ergebnisse des „Info 2" in den einzelnen betroffenen Abteilungen Fuß zu fassen. Es empfiehlt sich folgende Aufteilung:

1. Fremdsprachen
2. Deutsch/Germanistik
3. Geschichte/Sozialwissenschaften
4. Geographie
5. Mathematik
6. Naturwissenschaften (Biologie, Chemie, Physik)

evtl. 7. musische Fächer, Sport.

In den nächsten Wochen sollten zu diesen sechs Bereichen Abteilungsteach-ins veranstaltet werden, bei denen die Ergebnisse des „Info 2" fachspezifisch diskutiert und Projektbereichs-Abteilungsgruppen gegründet werden sollen. Diese Gruppen könnten im beschriebenen Sinn **Grundzüge progressiver Alternativen** entwickeln, und zwar an Hand der vorliegenden, im „Info 2" nicht berücksichtigten Reformvorstellungen nicht offiziellen Charakters.

Um der Gefahr des fruchtlosen Versinkens in resonanzlose Arbeit zu entgehen, ist es nötig, die Arbeitsergebnisse den Studenten zu vermitteln und zur Mitarbeit an Gegenmaßnahmen anzuregen: ebenso nötig ist es jedoch, die zentrale Projektbereichsgruppe beizubehalten, in der die Arbeit der Einzelgruppen abgestimmt und für gemeinsame Aktionen nutzbar gemacht werden sollte. Diese zentrale Gruppe umfaßt „freie" Mitarbeiter, die sich mit übergreifenden Fragen organisatorischer und theoretischer Art beschäftigen (z. B. Begleitstudium), und Delegierte der Einzelgruppen. Die zentrale Gruppe macht sich die organisatorischen Möglichkeiten des AStA zunutze, wie auch die Einzelgruppen von den Möglichkeiten der Fachschaften profitieren sollten. Diese zentrale Gruppe tagt wöchentlich. Daneben sollte es eine monatliche Vollversammlung geben, die die politischen Perspektiven des Projektbereichs und gemeinsame Aktionen diskutiert und beschließt.

Dieses Konzept ist nur durchsetzbar, wenn es von den Fachschaften, die letztlich auch von dieser Arbeit profitieren, unterstützt wird.

Um den Projektbereich zu einer schlagkräftigen Organisation zu machen, ist es notwendig, ihn längerfristig über diesen Rahmen hinauswirken zu lassen. Dazu muß zunächst in den anderen Universitäten eine ähnliche Arbeit gefördert oder dort, wo noch nötig, überhaupt erst angeregt werden. Der neugegründete Regionalverband Ruhr muß ausgebaut werden und mindestens jene Hochschulen zusammenfassen, die zum Einzugsbereich des NRW-Hochschulgesetzes gehören. Die Zusammenarbeit mit Schülern, Lehrern und Assistenten muß fortgeführt werden. Erst wenn sich der Projektbereich in der Weise konsolidiert hat, daß er sich auf eine breite Basis aktiver (d. h. arbeitender) Mitglieder stützen kann, sollte an einem Anschluß an den DGB (über GEW) gedacht werden; denn nur so kann garantiert werden, daß sein politisches Profil auch unter den Bedingungen einer Massenorganisation gewahrt bleibt.

Ein derartiger Anschluß an den DGB als der breitesten Organisation der werktätigen Bevölkerung erscheint sinnvoll, weil ein Großteil der Studenten und der Lehrenden aller Ausbildungsbereiche zunehmend dem Kapitalverwertungsprozeß unterworfen wird. (Produktivkraft Wissenschaft, Ausbildung der Produktivkraft Arbeit), ihre Klassenlage sich also der der unmittelbar produzierenden Arbeiterklasse annähert. Ferner ist die Gewerkschaft derzeitig als einzige Massenorganisation potentiell in der Lage, die materiellen Interessen der Werktätigen kämpferisch zu vertreten (vgl. Italien). Der kürzlich bekräftigte Anspruch der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, entsprechend dem industriegewerkschaftlichen Prinzip alle im Ausbildungssektor Tätigen vereinigen zu wollen, und die Empfehlung der BAK an ihre Mitglieder, der GEW beizutreten, wirken in diese Richtung. Schließlich sei bemerkt, daß die Strategie fast aller gegenwärtig an der RUB vertretenen linken Gruppen, in den Gewerkschaften zu arbeiten und Fraktionen zu bilden, eine Mitarbeit ihrer Mitglieder und Sympathisanten im Projektbereich Lehrerausbildung als „vorgewerkschaftlicher" Plattform nicht ausschließt.

Erklärung des Personalrats der Ruhr-Universität

Der Personalrat der Ruhr-Universität hat sich in einer Sondersitzung am 22. April 1971 mit den Zwischenfällen anläßlich der studentischen Parkplatzaktionen beschäftigt. Er ist bestürzt darüber, daß anläßlich der Protestaktion der Studentenschaft wegen der Aufteilung der Parkplätze vor den Gebäuden GA, GB und GC ein Arbeiter angefahren und verletzt wurde. Ein weiterer Mitarbeiter erlitt einen Herzinfarkt und mußte in ein Krankenhaus eingewiesen werden. Der Personalrat ist der Meinung, daß bei dieser Protestaktion nicht mehr der Schutz des Artikels 8 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Anspruch genommen werden kann. Es liegt ein Vergehen nach § 223 des Strafgesetzbuches vor.

Der Personalrat verurteilt mit aller Schärfe Aktionen, die zur Gefährdung von Mitarbeitern führen und fordert den Rektor der Ruhr-Universität auf, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Gefährdung bei ähnlichen Gelegenheiten zu verhindern.

Es ist hinreichend bekannt, daß, bedingt durch die Baustellensituation, immer wieder Schwierigkeiten auftreten, die nur durch vermehrte Rücksichtnahme **aller** Beteiligten erträglicher werden. Der Personalrat der Ruhr-Universität fordert auf, durch diszipliniertes fahrverhalten zum reibungslosen Ablauf des universitären Verkehrs beizutragen.

Der Personalrat ist sicher, daß die überwiegende Mehrheit der an der Ruhr-Universität Studierenden sich mit Gesetzesbrechern nicht solidarisch erklären und solche Übergriffe ebenso wie der Personalrat verabscheut.

Braeuner

Zu dieser Erklärung sandte uns Jürgen Schlee, stud. med., einen Durchschlag des folgenden Briefes:

An den
Personalrat der Ruhr-Universität
Bochum

Betr.: **Ihre Erklärung vom 22. 4. 71**

Da Sie es in Ihrer Erklärung versäumen, die zu den fraglichen Vorkommnissen führende Situation dergestalt zu beschreiben, daß Außenstehende in der Lage sind, das Vorgefallene und seine Hintergründe zu begreifen, verstehe ich — unter Ihrer Erklärung den Versuch, **einen möglicherweise längeren Konflikt zwischen Studenten und Personal zu schüren bzw. anzufachen.**

Die lasche Bemerkung, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten sich mit Gesetzesbrechern nicht solidarisch erklären dürfte, verwässert nur, was eigentlicher Anlaß Ihres Schreibens ist.

Ihrer — des Personalrates — verfehlter Öffentlichkeitsarbeit ist der deutliche Vorwurf zu machen, an den Verletzungen der Mitarbeiter Schuld zu tragen, da Sie es nicht verstanden haben, eine Polarisierung Student — Arbeiter in einer Angelegenheit zu verhindern, welche sachlich lösbar sein dürfte.

Ein weiteres Verschulden trifft diejenigen, die zwar für eine schwierige Parkplatzregelung sorgten, deren Durchsetzung aber Personen überlassen, welche, da sie das Problem zu erkennen nicht in der Lage sind, sich als Handlanger mißbrauchen lassen und hierdurch zwangsläufig gefährdet sind.

Eine solche Gefährdung wird erst dann ihr Ende haben, wenn Sie Ihren Mitgliedern klarzumachen in der Lage sind, daß sie nicht die Prügelknaben von Verordnungen sein sollten, wenn die Verantwortung dafür (am Beispiel der desolaten Bausituation) nicht in ihrer Hand liegt.

Mit freundlichen Grüßen, Schlee.

5.

6.

Wahlboykott Abt. 16

Die Studenten der Abteilung 16 boykottierten am 4. 5. die Wahl. Sie erklärten dazu: Wir haben nicht boykottiert, weil wir keinen Kandidaten haben, sondern weil wir nicht das 6-Wochen-UP und damit die Anerkennung des Staatskommissars durch uns wollen. **Das ist bewußter Boykott!**

PRÜFUNGSTERROR

Fromme Wünsche zur Reform des Prüfungswesens

2. TEIL

. . . und so soll's mal werden

Die Realisierung der Forderungen zur Reform des Studien- und Prüfungswesens ist nicht zu trennen von der notwendigen Neuorientierung des Bildungswesens, Neuorganisation des Wissenschaftsbetriebs und der allgemeinen Hochschulreform. Während gegenwärtig oft nur die Prüfungsordnungen als Artikulierung von Studienzielen dienen, ist darauf hinzuwirken, daß die Studienziele im angesprochenen Sinn unabhängig von Prüfungsordnungen im Studium realisiert werden. Dies ist eine Aufgabe aller Mitglieder der Hochschule. Erst bei einer Neuorientierung der Studienziele unabhängig von bestehenden Prüfungsordnungen kann die Umgestaltung der gegenwärtigen Prüfungssysteme wirkungsvoll im Sinne der beschriebenen Studienziele vorgenommen werden. Da diese Studienziele ständig zur Diskussion stehen, ist auf den Wegfall statisch fixierter Prüfungsordnungen hinzuarbeiten.

Falls für Qualifikationsnachweise noch Prüfungen eingesetzt werden, dürfen sie:

● z. B. nicht vom Lehrkörper dazu benutzt werden, Inhalt und Gang des Studiums autoritativ festzusetzen. **Über die Prüfungsanforderungen dürfen nicht einseitig Partialinteressen der Industrie, des Militärs und berufsständischer Vereinigungen die Studieninhalte bestimmen.**

Prüfungen dürfen nicht durch Verinnerlichung der Leistungsideologie gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse stabilisieren.

● **nicht Selektionsfunktionen übernehmen:** z. B. darf die Verweigerung von Berechtigungen nicht an punktuelle Abschlußexamen geknüpft werden (Staatsexamina, auch Zwischenprüfungen). Es darf nicht versucht werden, Kapazitätsengpässe durch Prüfungen zu beseitigen.

● **nicht irreversible Entscheidungen implizieren:** z. B. nicht nur begrenzt wiederholbar sein.

● **nicht Rechtfertigung für Lehre und Verhalten der Lehrenden sein** z. B. Lehrmeinungen und Spezialkenntnisse einzelner Lehrender dürfen nicht Maßstab der Beurteilung sein.

● nicht durch bürokratische Gesichtspunkte reglementiert werden.

Übergangsforderungen

Prüfungen im angeführten Sinne müssen

● **sich auf die vom Prüfling gewählten Studieninhalte beziehen;**

● **durch Befreiung von verinnerlichten Systemzwängen auf die Emanzipation des Prüflings ausgerichtet sein,** z. B. durch die Durchführung selbstgestellter Aufgaben und die Vertretung ihrer Ergebnisse gegenüber Lehrender und Lernender (auch Gruppenarbeiten).

● der Information und Beratung der Studierenden über seine Kenntnisse und Fähigkeiten und die Möglichkeiten ihrer Verbesserung dienen.

● die mit den rückgemeldeten Ergebnissen einer Korrektur des Lehr- und Hochschulsystems dienen.

Solange Prüfungen beibehalten werden, ist wenigstens auf den Abbau inhumaner und ineffektiver Prüfungsformen hinzuarbeiten. Er könnte zunächst in zwei Bereichen ansetzen: Reduktion der psychischen Pressionen der Prüfungssituation und Objektivierung von Prüfungsverfahren.

Reduktion der psychischen Pressionen:

1. Da zu viel von einer einzelnen Prüfung abhängt, ist zu fordern:

● Der Prüfling hat das Recht

— vor und während der Prüfung ohne Begründung zurückzutreten;

— die Prüfung unbegrenzt oft zu wiederholen (Erfahrungen mit dieser Praxis zeigen, daß die Gesamtzahl der Prüfungen dadurch nicht wesentlich steigen);

— durch Wiederholung einer bestandenen Prüfung **das Ergebnis zu verbessern,** solange das bisherige Benotungssystem besteht.

● Die punktuelle Ballung von Prüfungsstoff und Prüfungsterminen ist **zugunsten kleiner, studienbegleitender Prüfungseinheiten aufzulösen.** Das Endergebnis soll kumulativ festgestellt werden.

● In das Endergebnis sollen auch **aktive Beteiligungen an Gruppenarbeiten,** Forschungsteams und Seminaren sowie selbständige Arbeiten nach freier Wahl eingehen.

● Die Koppelung von Bewertungsgrad und Berechtigungen (z. B. Stipendien, Promotion, wiss. Laufbahn) ist aufzuheben.

● Entsprechend unterschiedlichen Befähigungsnachweisen müssen **verschieden gestufte Abschlüsse** erreichbar sein.

2. Im Hinblick auf die Durchsichtigkeit der Prüfungen ist zu fordern:

● genaue, spezififzierte Formulierung der Prüfungsziele und der Minimalforderungen, falls solche als unentbehrlich erwiesen sind.

● **freie Wahl zusätzlicher Themenbereiche in der Prüfung.**

● **eingeschränkte Öffentlichkeit mit Vetorecht des Prüflings.**

3. **Da die Prüfung die Prüfer mit unkontrollierter Macht ausstattet, ist zu fordern:**

● freie Wahl der Prüfer.

● **Tonbandkontrolle** oder andere gleichwertige Überprüfbarkeit des Prüfungsprozesses.

● **Vertreter der Studenten** des jeweiligen Prüfungsfachs in allen Prüfungsgremien — Beteiligung an der Bewertung.

● **Schriftliche Prüfungen,** soweit möglich.

● **Verpflichtung der Prüfer, ihre Beurteilung zu begründen.**

4. Die bisher vorgeschriebene Uniformität der jeweiligen Prüfung wird den unterschiedlichen, individuellen Arbeitsstilen nicht gerecht. Daher ist zu fordern ein **Angebot verschiedener Prüfungsverfahren, unter denen der Prüfling individuell wählen kann.**

5. Die heutige Prüfung übersteigert die Aktualisierung unbewußter Konflikte in Prüfling und Prüfern. Daher ist zusätzlich zu fordern:

● **sofortige Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses** (Suizid-Prophylaxe).

● Einrichtung von **psychotherapeutischen Beratungsstellen** für Studierende, Lehrende und Institutionen an allen Universitäten.

● eine **Appellationskommission** ist vorzusehen, die in der Lage ist, auch die psychodynamische Situation der Prüfung zu analysieren.

Objektivierung des Prüfungsverfahrens

Hinsichtlich der Objektivierung des Prüfungsverfahrens sind die folgenden (schon z. T. oben genannten) Möglichkeiten zu diskutieren und eventuell empirisch zu untersuchen:

● öffentliche Bewertung (mit oder ohne Diskussion der Bewertungsergebnisse)

● **Protokollierung des Prüfungsverlaufs**

● Prüfertraining

● **Einbeziehung einer Vielzahl von Leistungsnachweisen:**

● Berücksichtigung der Studienleistung (generell oder wenigstens zur Verbesserung von Noten)

● Abschaffung der punktuellen Prüfungen und Einführung von studienbegleitenden Prüfungen und Teilabschlußprüfungen.

● **mehrfache Wiederholbarkeit** (Beratung nach negativ verlaufenden Prüfungen).

● Kontrolle der einzelnen Prüfungsformen gegeneinander.

● Standartisierung (Tests) und Anonymisierung.

Die Realisierung der vorgenannten Veränderung des Prüfungswesens käme allerdings in der derzeitigen Situation einer technokratischen „Reform" gleich, die unter den Namen der Objektivierung äußere Formen verändert, ohne den irrationalen und disziplinierenden Kern der bestehenden Prüfungen aufzulösen.

Der dann entstehende Schein von Objektivität und Sachnotwendigkeit könnte den Blick für eine prinzipielle Reform des Studiums und damit der Prüfungen verstellen, hierarchische Herrschaftsverhältnisse in den Hochschulen zementieren und die Leistungsideologie noch effektiver in den Individuen verankern.

Was sind studienbegleitende Erfolgskontrollen?

Zur Entschärfung der Problematik könnte zunächst daran gedacht werden, die z. Z. „hochkonzentrierten" Prüfungen in Teilstücke aufzuspalten und semesterweise, über den Studiengang verteilt, absolvieren zu lassen. Die Einzelprüfung ist im wesentlichen immer noch punktuell, doch in ihrer Bedeutung abgewertet und so mit weniger Angst belegt. Da es sich nur um ein „Teilstück" handelt, hat ein Versagen weniger gravierende Konsequenzen.

Die Rückmeldung des Lehr- und Lernerfolgs geschieht früh genug, um die Lernmotivation zu verbessern und ohne zu großen Zeitverlust Korrekturen der Lehrstrategie, der Lernstrategie oder des gewählten Studienganges zu ermöglichen. **Bei der herkömmlichen Form der Prüfung dagegen sind Korrekturen der Lernstrategie bzw. des Studienfachs nur mit beträchtlichem Zeitverlust möglich,** und Korrekturen der Lehrstrategien — soweit Prüfungsresultate überhaupt als Aussagen über einen Lehrerfolg ins Bewußtsein treten — kommen im besten Fall späteren Studentengenerationen zugute.

Das weitere „Gerippe" dieser Prüfungsform ist:

● **es findet eine Punktbewertung der einzelnen Stoffgebiete (Problemsachverhalte) statt.** Die Höhe der Punktzahl bestimmt sich nach der praktischen Relevanz und Bedeutung des jeweiligen Stoffgebiets für den Studienablauf des einzelnen Studenten. Falls man sich zum Baukastensystem entschließt, entspricht die unterste Punktzahl einem Baukasten.

● **zur Erlangung der Punktzahl stehen dem Studenten verschiedene Formen der Leistungskontrolle zur Auswahl.** Die Leistungen in einzelnen Untergebieten sind bedingt gegeneinander aufrechenbar. **Dem Studenten kann vorgeschrieben werden, bestimmte Prüfungsformen in einer Mindestzahl zu wählen:** ebenso kann ihm eine bestimmte Zahl von Gruppenarbeiten (auch interdisziplinäre) vorgeschrieben werden.

● **die Benutzung der einzelnen Leistungen ist auf „bestanden", „nicht bestanden" und „mit Auszeichnung bestanden" zu beschränken.** Neben die Benotung tritt eine Beurteilung, die insbesondere über die Kommunikationsfähigkeit und Kreativität des Studenten Aufschluß gibt.

Starke Bedenken

Zu berücksichtigen bleibt allerdings, daß gerade ein derartiges System im Mißbrauch zu einer vollständigen Studienreglementierung führen kann, die auch die letzten Reste von Spontanität und Eigenverantwortlichkeit der Studierenden blockieren würde. Eine derartige Änderung der Prüfungsorganisation ist daher, wenn ihr nicht eine Liberalisierung der Hochschulen parallel geht, nicht ungefährlich. Beim augenblicklichen Selbstverständnis und Zustand unserer Hochschulen könnte hier leicht jeder positive Ansatz ins Gegenteil verkehrt werden. Angesichts der vorgesehenen Formierungsmaßnahmen im Hochschulrahmengesetz ist die Durchsetzung auch nur einer der oben angeführten Punkte der studienbegleitenden Erfolgskontrollen sehr unwahrscheinlich. Zwar werden die Prüfungen schon während des Studiums durchgeführt werden, doch nicht als Auflockerung des bisherigen Prüfungsterrors, sondern zur Verhinderung von Kreativität und Schaffung von Anpassung.

z. T. B. Eckstein, M. Krökel

PERSPEKTIVEN

Es reicht nicht aus, daß auf 2 BSZ-Seiten über Prüfungsterror geschrieben wird und jede Menge Vorschläge zur Veränderung der Prüfungssituation gemacht werden.

Es reicht auch nicht aus, daß die Universitätskommission für Lehre (2 Prof., 2 Ass., 4 Stud.) Kriterien für die Verabschiedung von Prüfungsordnungen aufstellt, die z. T. den oben gemachten Vorschlägen entsprechen (Wahl verschiedener Prüfungsverfahren, unbegrenzte Wiederholbarkeit, Begründung der Beurteilung). **Denn beides kann nicht dazu führen, daß an der RUB Maßnahmen zur Reform des Prüfungsgwesens eingeleitet werden. Die meisten Professoren halten sich nämlich nicht nur für gute Prüfer, sondern sind auch von der Notwendigkeit der völligen Abschaffung des bestehenden Prüfungssystems nicht zu überzeugen, das sie selber einst „bezwungen" haben und deren notwendiger Bestandteil sie jetzt sind.**

An der RUB muß sich eine arbeitsfähige Gruppe aus Vertretern der Studentenschaft, der Assistentenschaft, des Studienbüros und auch der Professoren bilden, welche in der Lage ist, politischen Druck gegen die verrottete Prüfungssituation auszuüben.

Aufgabe dieser Kommission wäre nicht nur das Erarbeiten neuer theoretischer Prüfungsmodelle oder Weckung von Problembewußtsein. Auch bei der Erarbeitung neuer Prüfungsordnungen in den einzelnen Abteilungen können ihre Mitglieder als Spezialisten entscheidenden Einfluß ausüben; das „Unterlaufen" der noch bestehenden Prüfungsordnungen im Rahmen des Prüfungsermessens kann gefördert werden.

Alle interessierten Universitätsmitglieder sollen sich bitte — zwecks Koordinierung und Vereinbarung eines Treffens — mit dem AStA in Verbindung setzen (Telefon 2416).

Permanente Zwischenprüfung

Die neue Diplomprüfungsordnung der Chemiker ist von der Fachschaft sehr begrüßt worden. Die Universitätskommission für Lehre, die sich mit der Ordnung befassen mußte, war entsetzt über den Schulgang, in den die Chemiestudenten gezwängt werden, und über die praktisch permanenten Prüfungen während des gesamten Studiums.

Die Vorteile, die die emsigen Fachstudenten sehen:

— sie brauchen nur noch acht Semester zu studieren,

— sie bekommen sehr detalliert vorgesetzt, was sie studieren, besser gesagt: lernen müssen.

Denken ist nicht mehr gefragt in der Chemie. **Es kommt darauf an, den umfangreichen Stoff zu „fressen", um ihn bei den diversen Prüfungen wieder „ausspucken" zu können.**

Was heißt „kumulative Zwischenprüfung"?

Die Zwischenprüfung, so wurden die Mitglieder der Lehrkommission von der Fachschaft belehrt, sei kumulativ und als großer Fortschritt zu werten. Doch wehe, wenn man unbefangen mit seinen eigenen Erfahrungen von kumulativen Zwischenprüfungen (Sammeln von Scheinen, die insgesamt als Zwischenprüfungsleistung anerkannt werden) die Zwischenprüfung der Chemiker unter die Lupe nahm!

Zwischenprüfung heißt hier:

In den ersten beiden Semestern müssen etliche Scheine „erschlagen" werden. Der Erwerb eines Scheins setzt Erfolg in diversen Klausuren voraus. **Nach zwei Semestern wird dann der gesamte Stoff der beiden Semester inclusive des Vorlesungsstoffs im „ersten Teil" der Zwischenprüfung noch einmal abgefragt. Die in den Übungen aufgrund von Klausuren erbrachten Leistungen reichen den Herren Professoren nicht.**

Der Dekan erläuterte vor der Lehrkommission, daß in den Klausuren jeweils nur Teilgebiete, nicht jedoch der gesamte Prüfungsstoff verlangt werde. Die Globalprüfung ist nach Meinung des Dekans unerläßlich, da **„nur mit diesem Verfahren der Student zur intensiven Arbeit auf den verschiedenen Stoffgebieten angehalten** werden" kann. **Vereinfacht ausgedrückt: Derselbe Stoff wird zweimal geprüft.**

Der zweite und dritte Teil der Zwischenprüfung sehen genauso aus: Nach dem 3. bzw. 4. Semester werden die in den Übungen erbrachten Leistungen noch einmal einer Gesamtprüfung unterzogen.

Musterprüfung — in wessen Interesse?

Auf diese Weise wird garantiert, daß kein Student ins Hauptstudium gelangt, der sich nicht mit dem ständigen Leistungsdruck identifiziert hat, das verschulte Studium unwidersprochen hinnimmt und so für seine Zukunft vorprogrammiert ist.

Die Studenten des Hauptstudiums vertreten denn auch den Standpunkt, daß eine „gesunde Auslese" notwendig sei. Ihr Ziel ist es, möglichst schnell der „Abhängigkeit" in der Universität zu entfliehen, um in der „freien" Wirtschaft ihr Glück zu versuchen.

Daß das Studium kaum Möglichkeiten läßt, Interessengebiete zu vertiefen (dafür ist nur ein Semester — das 7. — vorgesehen), wird nicht als gravierend empfunden. Denn: „99% der Chemiker promovieren ja sowieso!"

Das mag heute noch stimmen. **Das Studium der Chemie ist jedoch so angelegt — und darauf zielen auch die vielen Prüfungen ab —, daß ein Großteil der Studenten nach dem 6. Semester entlassen werden kann.** Bis dahin haben sie das „Grundwissen" erlernt und können als minderqualifizierte Fachkräfte beliebig eingesetzt werden.

Die Studenten, die jetzt schon im Hauptstudium sind, werden davon sicherlich nicht mehr betroffen. Aber vielleicht sollten sie doch an ihre jüngeren Kommilitonen denken und sich für eine demokratische Studien- und Prüfungsordnung einsetzen!

rze

Verantwortlich für diese Seite:
Erich Eisel — SHB
Zeichnung: Nobert Figge

In der nächsten BSZ:
● **WOHNEN**

CABORA BASSA – EIN MOSAIKSTEIN

Um den Cabora-Bassa-Staudamm ist es in der Öffentlichkeit ruhig geworden. Wohl zur Zufriedenheit der Bundesregierung. Und der Firmen AEG - TELEFUNKEN, BBC, Hochtief, Siemens, Voith. Um so beruhigender für diese Herren! Denn das Cabora-Bassa-Projekt ist nur ein kleines Kettenglied in der aggressiven Strategie der Bundesrepublik. Für die Südafrikanische Republik Rhodesien, die Kolonien Mozambique, Angola. Gegen die Befreiungsbewegungen in diesen Ländern.

Praxis der „portugiesischen Gemeinschaft mit euro-afrikanischen Zügen" in den portugiesischen Kolonien.

Die Umsetzung dieser Ideologie („Uns Portugiesen leitet vornehmlich der Gedanke, daß ‚Portugal recht hat, wenn es mit Hilfe der Zeit die sozialen Bande und die des Blutes mit den Bewohnern seiner Provinzen enger zu knüpfen sucht, um dort offene Gesellschaften entstehen zu lassen, wo alle Platz finden und an den Aufgaben zur Leitung eines gemeinsamen Schicksals teilnehmen können!'") sieht so aus:

- **3 Prozent der Bevölkerung in den portugiesischen Kolonien sind Weiße oder Mischlinge.**
- **In der portugiesischen Nationalversammlung sitzen 17 Abgeordnete der Kolonien, alles Weiße oder Mischlinge.**
- **Die absolute Zahl schwarzer Grundschüler liegt noch unter der der Nichtfarbigen, denn Voraussetzung zum Besuch einer Grundschule sind portugiesische Sprachkenntnisse.**
- **Leitende Funktionen liegen ganz klar bei Weißen, die Schwarzen stellen das Arbeitskräftepotential.**

Fazit:

Apartheitsmythos und Rassenmischungsideologie widersprechen sich, in praxi entsteht jedoch das gleiche Ergebnis.

Die ökonomischen Verhältnisse bestimmen die Lage der Bevölkerung, nicht irgendwelche soziokulturellen Ideologien.

Portugal und „seine" Kolonien.

Die wachsenden Schwierigkeiten der portugiesischen Regierung mit den Kolonien drücken sich in Zahlen so aus:

- **Portugal gibt die Hälfte seines Budgets zur „Verteidigung" aus.**
- **185 000 Mann stehen für Portugal unter Waffen.**
- **78 Prozent der laufenden Ausgaben Portugals gehen an die Streitkräfte in Übersee (bezogen auf die Bevölkerung hat Portugal achtmal mehr Soldaten im Kolonialkrieg eingesetzt als die USA in Vitenam).**

Trotz dieser Anstrengungen bedarf das portugiesische Regime noch der Unterstützung der SAR (Südafrikanischen Republik). An der Grenze Rhodesien—Mozambique halten sich knapp 4000 SAR-Soldaten bereit; wahrscheinlich halten sich südafrikanische Militärausbilder bereits im Cabora-Bassa-Gebiet auf.

Verhältnis BRD—Portugal: eine Geschichte der Waffenlieferungen.

Die BRD ist, neben den USA, das einzige Land, aus dem Portugal mit Waffenlieferungen rechnen kann, und zwar mit Optimismus:

1961

- **50 Leichtflugzeuge Do 27 A-4, Kurzstarter, die zur Guerillabekämpfung eingesetzt werden.**
- **In demselben Jahr verbietet Großbritannien den Einsatz englischer Waffen in den portugiesischen Kolonien.**

1966:

- **40 Kampfflugzeuge Fiat G-91 R 4**
- **Potrugal baut, vor allen Dingen bei Tete, Flugplätze, die auf solche Typen zugeschnitten sind.**
- **Zu dieser Lieferung sagte die Bundesregierung: Die Flugzeuge sind ausschließlich in Portugal zu Verteidigungszwecken im Rahmen der NATO zu verwenden,**

obwohl:

- **Portugal vor der Transaktion gesagt hatte: „Das portugiesische Territorium erstreckt sich auch auf Afrika."**
- **es in Portugal gar keine der NATO unterstellten Einheiten gibt, die diesen Flugzeugtyp verwenden können.**

Die offensichtlich vertragswidrige (?) Verwendung der Flugzeuge ließ die Bundesregierung unberührt. Im Gegenteil: es ging weiter!

1968:

- **12 Noratlas Nord 2501 D, die jetzt bei Fallschirmjägern in den Kolonien (offiziell „Provinzen" genannt) verwendet werden**
- **3 Korvetten werden in Hamburg für Portugal gebaut, obwohl es dort gar keine der NATO unterstellten Marineeinheiten gibt.**

Fazit:

Nicht einmal mit der Notwendigkeit für die NATO konnte die BRD diese Lieferungen rechtfertigen.

Willentlich — vielen schon lange klar — unterstützt die Bundesregierung den Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas. Erklärungen wie: „Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu den universalen Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Rassengleichheit. Anderenfalls müßte sie die Grundlage ihrer Deutschlandpolitik verleugnen und würde sich mit ihrer eigenen Verfassung in Widerspruch setzen, die jede Rassendiskriminierung in Deutschland (!) ausdrücklich verbietet" (11. 8. 70), wirken dann nur noch zynisch.

Cabora Bassa

Das 1,5 Milliarden-Projekt, von deutschen Firmen zu 2/5 getragen, finanziell durch die Bundesregierung für diese Firmen zu 2/3 abgesichert und somit relativ risikofrei gemacht, dient offensichtlich der Stärkung der südafrikanischen Minderheitsregime. Kurz noch einige Argumente:

„Cabora-Bassa ermöglicht die Schaffung eines neuen Gartens Eden für rund 1 Mio Siedler!"

- **Es besteht überhaupt kein Bedarf an neuem Siedlungsraum im dünnbesiedelten Mozambique. Warum also? In Lissabon war es in einer Zeitung zu lesen: 1 Mio weiße Siedler sollen dorthin gebracht werden. Diese „böswillige Behauptung" wird in einer Broschüre der portugiesischen Regierung über das Cabora-Bassa-Projekt zurückgewiesen. (Diese Zurückweisung nimmt allerdings derartig viel Platz ein, daß an der Behauptung etwas dran zu sein scheint.) Daß allerdings bereits 1,5 Mio Arbeiter und Bauern Portugal verlassen haben wegen der archaischen Strukturen im Mutterland (500 Grundbesitzer haben ebensoviel Boden wie die restlichen 500 000) läßt in der Tat die Absicht vermuten, dies Problem, ohne die Wurzel des Übels zu packen, durch Erschließung von neuem Siedlungsgebiet zu lösen. Portugal braucht eine große loyale Bevölkerung in Mozambique, um seine Stellung dort zu halten.**

„Cabora-Bassa wird den Energiebedarf im Süden Afrikas befriedigen können!"

- **Die SAR beabsichtigt, 80 Prozent der elektrischen Energie zu übernehmen. Der Hinweis in der portugiesischen Veröffentlichung, auch Malawi werde — gemäß einer Empfehlung der UN — beliefert, erscheint in neuem Licht, wenn man die „Financial Times" hinzuzieht: „Stärkere wirtschaftliche und politische Bande zwischen den Gebieten im südlichen Afrika sind ein Eckpfeiler der Verwoerdschen Konzeption einer lockeren Konföderation im südlichen Afrika unter Führung der südafrikanischen Republik."**

Die Bundesregierung unterstützt mit ihrem Cabora-Bassa-Engagement als einem Mosaikstein ihrer neokolonialistischen Strategie die Stellung der weißen Minderheitsregime in Südafrika. Diese Unterstützung soll letztlich der Absicherung der wirtschaftlichen Aktivität deutscher Firmen in der SAR dienen. Die Widersprüchlichkeit eines solchen Vorgehens haben andere westliche Industrieländer, allerdings nicht als einen durch das kapitalistische System bedingten Widerspruch, erkannt. Sie arbeiten mit Waffenembargos daraufhin, die Position der südafrikanischen Minderheitsregime dadurch zu stärken, daß sie es vermeiden, die Konflikte in den Kolonien weiter anzuheizen.

Daß dieser Konflikt nur aufgeschoben, nicht jedoch vermieden werden kann, beginnt sich abzuzeichnen. Durch den Aufbau einer eigenen sozioökonomischen Struktur und die Verwurzelung in der Mehrheit der Bevölkerung gewinnen die FRELIMO und die MPLA zusehends notwendigerweise an Boden.

Letzte Meldung:

Gestern sprach sich die Fachschaftsvollversammlung Jura mit ca. 120:20 Stimmen für einen Wahlboykott aus.

Men like its flavor Women love its aroma
RUM and MAPLE PIPE MIXTURE
2.50
Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

Studienbüro benachteiligt

Nach Auffassung des Studienbüros ist auch in der Neufassung der Wahlordnung zum UP eine sachgerechte Repräsentanz der Zentralen Einrichtungen nicht gewährleistet. Als wissenschaftlich ausgebildete und wissenschaftlich tätige Beamte bzw. Angestellte sind sie nicht entsprechend ihren Funktionen für die Hochschule im Organ der demokratischen Willensbildung, dem UP, repräsentiert.

Es ergibt sich die kuriose Situation, daß das Rechenzentrum, die Bibliothek, das AkaFö, das Musische Zentrum, der Botanische Garten, das Fremdspracheninstitut, das Studentenwerk und das Studienbüro allesamt durch irgendeinen Vertreter der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter sachgerecht vertreten werden sollen. Wie auch der einzelne Wähler der Zentralen Einrichtungen seine Entscheidungsmotivation unter diesen Umständen finden soll, bleibt uneinsichtig.

Die Zentralen Einrichtungen schlagen vor, daß sie je einen eigenen Vertreter ins UP entsenden.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Neuer Sozialreferent gewählt

In der letzten Sitzung des Studentenparlaments (SP) am 27. April wurde **Rainer Stollmann (SHB)** als Sozialreferent in den Vorstand der Studentenschaft gewählt.

Rainer Stollmann hatte das Sozialreferat schon seit Beginn der Semesterferien betreut. Seine Wahl erfolgte mit eindeutiger Mehrheit, obwohl zuvor Spartakus und FHV aus dem AStA zurückgetreten waren. **Das zeigt, daß im SP keine Mehrheit gegen den AStA arbeiten will, der sich zur Zeit aus zwei Mitgliedern des SHB und einem Unabhängigen zusammensetzt.**

US VERKAUF
US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

3x in Nähe der Uni
SPARKASSE
Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 51 10 15
SPARKASSE
Universität, Buscheystraße 132 Tel. 51 16 74
SPARKASSE
Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 51 41 72
- in Ihrer Nähe -

Sozialer Wohnungseintopf

Die soziale Lage für die Studenten(ehe-)paare ist wie schon seit Gründung der RUB katastrophal. Im sozialen Wohnungsbau (und ebenfalls im besonders „geförderten" Wohnungsbau für Studenten) erhalten nur studentische Ehepaare Sozialscheine und die Wartelisten bestehen oft länger als ein Jahr, im Studentenwerk wurden bereits vor zwei Jahren mehr als vierhundert wohnungssuchende Paare bei der Meldung für nur zwei Projekte registriert.

Relative „Freiheiten" können nur die Bewohner staatlicher Projekte erwarten, der Rest liegt am Gängelband des privaten Kapitals und hat sich dessen moralischer Gängelung zu unterwerfen: Studentenehepaaren bekommen in der BRD nur die Wohnungen zugewiesen, für die sich keine anderen Bewerber gemeldet haben, sie müssen besonderen Auflagen (Babysitten), moralische Enthaltsamkeit ...) nachkommen — Auflagen, die den „normalen" Bürgern nicht gestellt werden. **Wer es miterleben durfte, mit welchen Argusaugen die Vertreter der Fa. Scholven seinerzeit darüber wachte, daß auch ja keine Nichtverheirateten einziehen konnten, weiß, wie man die sozialpolitische Wiedereinordnung der Studenten in unsere große Familie erreichen will.**

RAUSSCHMISS

Ein Beispiel für die studentengängelung: Ein Wohnprojekt der kapitalträchtigen Fam. Buschmann wurde im Februar 1969 mit vier studentischen Ehepaaren belegt, das Projekt wurde mit Mitteln aus dem sozialen Wohnungsbau finanziert. Nachdem die Mieten zu rollen begannen, hörten die Außenarbeiten an der Noch-Immer-Baustelle schlagartig auf, fortzugedeihen. Dafür wurde mit mächtiger Wortgewalt ein ernannter Statthalter, ein Herr Horn, der laut eigenen Briefkopf alles macht, was Geld einbringt, also auch Investmentfonds vertreibt und der in früheren Zeiten als arischer Schauspieljünger Furore machte, tätig. Nachdem länger als ein halbes Jahr die Hauseingänge nur über eine Baugrube zu erreichen war (in die so mancher Ortskundige verunglückte), starteten die studentischen Ehepaare mit Hilfe des AStA eine Unterschriftenaktion, auch um eine Mobilisation mit den übrigen Mietern zu erreichen.

Zwei Jahre später (nachdem die Mindestzeit abgelaufen war) kam nahezu auf den Tag genau die Rache: In der vorigen Woche wurde mit gleichlautendem Schreiben allen Studentenehepaaren gekündigt und jeder Einspruch von vornherein abgelehnt. Obwohl in keinem Fall der Kündigungsgrund zutrifft, ist Gegenwehr zwecklos: Ein gerichtliches Verfahren belastet jede Familie mit mindestens 1400 DM auch wenn die Räumungsklage des Vermieters gerichtlich abgewiesen wird. Der Kapitalistenhandlanger Horn, der die Kündigung mit offensichtlichen Lügen und Verleumdungen erreichte, hat die normale Kündigung ohnehin gleich mit ausgesprochen und dagegen gibt es kein Rechtsmittel.

Und wenn die Leute im Hustadtring gefeuert sind, geht nach Aussage des Herrn Horn die Sache bei anderen Mietprojekten weiter („Wenn ich im Hustadtring fertig bin, fange ich bei Ihnen an" zu einer Bewohnerin in der Westerbergstraße). Ermöglicht wird dies alles durch ein, die Interesse des Kapitals allein respektierendes Miet(un-)recht, bezahlt wird es durch Kumpel Anton, Weißwaschsunil und seine Steuergroschen.

Mit in der Fronde des Kapitals in vorderster Reihe marschiert unser Kanzler Seel und dessen Personalrat, indem sie künstlerisch die Zahl der zur Verfügung stehenden Studentenbuden anknapsen und den Studenten in den Hustadtringwohnungen (wie auch die Kapitalisten Buschmann und deren Stellvertreter Horn) mit Räumungsklagen ins Haus ziehen. Macht doch endlich kaputt, was Euch kaputt macht! Tretet den Leuten doch endlich dahin, wo sie doch nur Steuergelder im Sack haben!

Filmclub Ruhr-Universität

PROGRAMM

Do., den 6. 5.
Nicholas Ray:
Serie THE YOUNG ONES 1
... DENN SIE WISSEN NICHT WAS SIE TUN, Farbe USA 1955, James Dean und Natalie Wood im besten aller „Halbstarkenfilme" (Rebel without a Cause)
+ MEMORY („penny lane" von den Beatles) Farbe GB 1968

Mi., den 12. 5.
Hellmuth Costard:
DIE UNTERDRÜCKUNG DER FRAU IST VOR ALLEM AM VERHALTEN DER FRAUEN SELBST ZU ERKENNEN, Farbe BRD 1969, Film über Emanzipation, mit Christoph Hemmerling
+ Helmut Herbst: EINE REGNERISCHE NACHT IN POTSDAM, Farbe BRD 1970

Do., den 13. 5.
Serie THE YOUNG ONES 2
Jean-Luc Godard:
AUSSER ATEM (A bout de souffle) mit Jean-Paul Belmondo, Jean Seberg. Godards erster Langfilm, von vielen für seinen besten gehalten. Ein Gangsterfilm.

Mi., den 19. 5.
Luis Buñuel:
L'AGE D'OR — DAS GOLDENE ZEITALTER, Frkr. 1930, nach dem Scenario von Salvador Dali. Dieser Film, der als der meistverbotene Film der Filmgeschichte gilt, ist nun, nach Jahrzehnten, endlich wieder in einigen Filmstudios zu besichtigen. Ein Skandal, ein Tiefschlag in die weichen Lenden der Bourgeoisie. Buñuels von Haß und Gift erfüllte Bilder der Blasphemie, der Anarchie und der sexuellen Zwangsvorstellungen gipfeln im Ende des Films, da Jesus Christus die Zwingburg des Marquis de Sade betritt ... ein bestialischer Frauenschrei ... das Kruzifix, mit vielen Skalps von Frauen geschmückt, wird langsam vom Schneesturm verhüllt ...
+ Jean Cocteau: LE SANG D'UN POETE — DAS BLUT EINES DICHTERS, Frkr. 1930, ein surrealistischer Traum um Liebe und Tod.

Jeweils 18 und 20.30 Uhr, HZO 20 (Hörsaalzentrum Ost, Saal 20. Signalfarbe des Hörsaals: Blau. Eingang unten links!)

Pfingsten in London
Flugreise ab Düsseldorf vom 28. 5. — 1. 6. zu DM 269,—
Jet-Flüge in die USA ab DM 345,–
an über 70 verschiedenen Terminen
Student Hostel List 1971 eingetroffen
Sonderpreise London bei Hinfahrt per Bahn zu beliebigen Terminen mit Rückflug am 1. oder 2. Juli unter DM 100,–
Studenten-Reisedienst Bochum
Baracke 9 an der Mensa
Telefon 71 39 80 — 70 14 57

Abteilungs-teach-in

In den nächsten beiden Wochen finden **sechs Abteilungsveranstaltungen des Projektbereichs Lehrerausbildung** statt. Auf diesen Veranstaltungen wird durch fachspezifische Flugblätter des Projektbereichs in Zusammenarbeit mit den Fachschaften noch gesondert hingewiesen.

Nach einer Diskussion über die Konsequenzen, die sich gemäß Info 2 für die einzelnen Fächer ergeben, sollen **fachlich ausgerichtete Arbeitsgruppen** des Projektbereichs gegründet werden (vgl. Plattform, Teil V). Während der Kampagne gegen das Hochschulrahmengesetz (Ende Mai) könnten diese Gruppen erste intensive Arbeit leisten, die dann in jeweils wöchentlichen Sitzungen fortgeführt werden sollte. **Wir rufen alle Lehrerstudenten auf, sich im Projektbereich zu organisieren. Teilt Euch die Arbeit! Nur vereint sind wir stark!**

Und hier die bisher bekannten Termine: Geschichte: Do., 6. 5., 14 Uhr, GA 03/149; Fremdsprachen: Di., 11. 5., 14 Uhr, HGA II; Geographie: Mi., 12. 5., 11 Uhr; Naturwissenschaften (Physik-Biologie-Chemie): Di., 18. 5., 10 Uhr.

Die Termine für Germanistik und Mathematik liegen noch nicht fest.

"Fortunately, it's not only my nose."

Offene Frage

Merkwürdige Dinge kann man lesen, wenn man einen „contrapunkt" geschenkt bekommt. Zum Verständnis: „contrapunkt" ist das Zentralorgan der BSU! Genau wie bei der Kompositionsform gleichen Namens fügen sich widersprüchliche Dinge zu einem harmonischen Ganzen. So kann man z. B. in der letzten Ausgabe im letzten Kommentar auf Seite 2 ein flammendes Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie finden — respektive mit kritischer Distanz, wie es sich für einen aufrechten Demokraten geziemt — ein Bekenntnis zur pluralistischen Gesellschaft — wenn ich richtig interpretiere.

Dagegen nun wird auf Seite 1 schonungslos entlarvt, wie die linke Mehrheit im vds, auf den die DSU nach dem Eingehen des ads wieder scharf ist, zustande gekommen ist und welche fürchterlichen Folgen — wieder: wenn ich richtig interpretiere — eine Wahl nach parlamentarischen Spielregeln zeitigen kann.

Sollte die kritische Distanz sich auf das unzulängliche Wahlverfahren richten? Ist ein Wahlverfahren unzulänglich, wenn Gefahr besteht, o heiliger Pluralismus, daß linke Gruppen gewählt werden?

Wenn also keinen Sozialismus, keinen Pluralismus: was dann? Demokratie scheidet mit Pluralismus dann ja auch aus: was denn jetzt eigentlich?

Hans-Heinz Holz erhält Lehrstuhl in Marburg

Am 23. April wurde der Marxist Holz, Schüler von Bloch, auf den Lehrstuhl für Philosophie II in Marburg berufen. Angesichts des immer wieder heraufbeschworenen Wissenschaftspluralismus ist der vorausgegangene Streit um einen Ruf des Wissenschaftlers nach Berlin bezeichnend. Der Berliner Wissenschaftssenator Stein hatte sich geweigert, Holz zu berufen. Daraufhin mißbilligte das Konzil der FU Berlin diese Entscheidung, sogar der anstatt Holz in Erwägung gezogene Kanidat Dr. Wellmers wandte sich dagegen, daß Holz durch den Willkürakt des Wissenschaftssenators übergangen wurde. Das mit dieser Berufung der Fall Holz noch nicht abgeschlossen ist, zeigen die Vorwürfe, die vornehmlich aus CDU-Kreisen hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualifikation Holz' laut werden. „Pluralismus" klingt zwar verbal unheimlich gut, sobald er jedoch praktiziert werden soll, ist Schluß, zumindest bei Linken.

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

Wohnkampagnen in NRW

TH Aachen: 1000 Studenten (von 1400) der Wohnheime im Mietstreik. Dadurch konnten die Studentenvertreter im Studentenwerk, dem Träger der Heime ihr Veto gegen Mieterhöhungen einlegen. Das Studentenwerk Aachen mußte daraufhin Konkurs beantragen. Das Ministerium macht einen Zuschuß von der Erfüllung des Prinzips der Kostendeckung (= höhere Mieten) abhängig. Die Heime streiken seit einem Jahr.

Uni Bonn: Streik gegen Mieterhöhungen angedroht, dadurch vorläufig höhere Mieten verhindert.

Uni Bielefeld: Zu erwartende Mieterhöhungen in privaten Heimen werden zu Kampfmaßnahmen führen.

Die ständigen Mieterhöhungen in Wohnheimen haben nicht nur in Bochum zu aktiven Kampfmaßnahmen und Mietstreiks geführt.

Immer mehr Heimbewohner erkennen als Hintergrund der steigenden Mieten das kapitalistische Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung, dem sich die Wohnheime beugen müssen, sowie das Subsidiaritätsprinzip, das privaten Heimträgern immer den Vorrang vor dem Staat gibt.

Die politische Stoßrichtung der Mietkampagnen wird manchen Leuten unbequem. CDU-Abgeordneter im Bundestag Wohlrabe, genannt „Übelkrähe", brachte vor kurzem eine **Kleine Anfrage** zur Situation in den Studentenwohnheimen ein. Zwecks näherer Prüfung wurde ein **Fragebogen** an die Länder von diesen an alle Unis geschickt. Die Fragen zielen klar darauf ab, studentische Kampfmaßnahmen zu kriminalisieren. Einige Beispiele aus dem Fragebogen, der durch Zufall in die Hände der ASten gelangte:

Frage 2: „Richteten sich diese Mieterstreiks gegen all zu hoch empfundene Mieten oder lagen ihnen politische Motive und Ziele zugrunde?"

Frage 5: „Ist bekannt, daß über die Vergabe von Zimmern in verschiedenen Studentenwohnheimen praktisch linksextreme Studentengruppen entscheiden, die die Vergabe von sozialistischer Gesinnung und Bewährung in der Basisarbeit abhängig machen? Welche Schlußfolgerungen sind daraus gezogen worden bzw. werden vorgeschlagen?"

Frage 6: „Ist bekannt, daß in einigen Studentenwohnheimen andersdenkende Studenten durch Drohung, Nötigung oder Gewalt zum Verlassen der Heime gezwungen werden und daß ihnen durch die Heimträger und durch die Polizei kein Schutz vor rechtswidrigen Angriffen gewährt wird? Welche Maßnahmen werden ggf. vorgeschlagen?"

Frage 7: „Ist bekannt, daß Mobiliar aus Studentenwohnheimen zum Gebrauch in Studentenkommunen gestohlen wurde? Mit welchem Erfolg sind solche Diebstähle verfolgt worden?"

Auf Druck der ASten und der Heimbewohner ist dieser Fragebogen zumeist unbeantwortet zurückgeschickt worden. Der Sachbearbeiter der Ruhr-Universität, Herr Gesthuysen, hat sich auf Nachfrage des AStA ebenfalls bereit erklärt, den Fragebogen kommentarlos zurückzusenden. Die NRW-ASten werden gemeinsam in einer Presseerklärung die Wohlrabe-Diffamierungen zurückweisen, so daß sich dieser Schrieb als Bumerang erweisen wird. Gleichwohl müssen alle Heimbewohner, die wegen ihrer berechtigten Forderungen streiken, mit weiteren **Kriminalisierungsversuchen** rechnen.

Rainer Stollmann

Honnef wird abgeschafft, die Mitbestimmung zerschlagen

Das 2. Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) wird voraussichtlich im Oktober in Kraft treten und die bisherige studentische Förderung nach den Honnef-Richtlinien ersetzen. Neben vielen Kritikpunkten (Familienabhängigkeit, kein Zusatzdarlehen mehr, Leistungsnachweise, 6-Semester-Kurzförderung [vgl. BSZ Nr. 75]), ist für die geförderten Studenten die Frage der Verwaltung und Organisation der Ausbildungsförderung von großer Bedeutung.

Bisher hatte das Deutsche Studentenwerk e. V. (in Bochum das „Akademische Förderungswerk") die Honnef-Anträge bearbeitet und die Gelder ausgezahlt. **Die Aufsicht über die Vergabe der Stipendien führte an jeder Uni ein sog. „Hauptförderungsausschuß". Er ist besetzt aus 3 Verwaltungsbeamten, 2 Professoren, 1 Assistenten und 3 Studenten** (in Bochum ist einer davon immer der AStA-Sozialreferent). In dem BAFÖG wird der Uni die Verwaltung völlig entzogen. Vom Land werden in der städt. Verwaltung neue Ausbildungsförderungsämter eingerichtet. Dort wird künftig der Student seinen Antrag auf Förderung einreichen müssen und nicht wie bisher an der Uni.

Diesem Landesamt wird kein vergleichbares Gremium wie der drittelparitätische Hauptförderungsausschuß vorgeschaltet sein. Zwar werden noch sog. „Förderungsausschüsse" existieren, aber sie haben nur noch Hilfsfunktionen für die Förderämter, die allein entscheiden und sich nicht an die Vorschläge eines „Förderungsausschusses" zu halten brauchen. Die Förderungsausschüsse werden „durch die zuständige Landesbehörde" berufen (§ 42,2); ihnen gehören je ein Beamter, Professor und Student an. Der Förderungsausschuß gibt „gutachtliche Stellungnahmen" in besonderen Fällen ab (§ 43,1): bei Förderung über ersten Abschluß hinaus, bei der Deckung besonderer Aufwendungen, bei Überschreiten der Förderungshöchstdauer. Aber selbst dann kann das Förderungsamt „von einer gutachtlichen Stellungnahme aus wichtigem Grund (?) abweichen ..." (§ 43,3).

Alle Macht den Bürokraten! Wie schmackhaft uns die Formierung gemacht wird: Wir haben jetzt gesetzlichen Anspruch auf Förderung, dafür so gut wie keine Mitbestimmung mehr in Fragen wer, wie und unter welchen Bedingungen gefördert wird. Im Kommentar zu dem SPD-Gesetzentwurf heißt es zur Berufung der Förderausschüsse: „Durch die Berufung soll sichergestellt werden, daß über die personelle Besetzung der Ausschüsse keine Zweifel bestehen können." Klarer sagt es der CDU-Kommentar: **„Die Studentenwerke wurden in die Verwaltung der Ausbildungsförderung nicht einbezogen. Der Gesetzgeber verwirklicht damit einerseits eine einheitliche Verwaltungsstruktur bei der Durchführung der Ausbildungsförderung.**

Andererseits wird wohl auch der Tatsache Rechnung getragen, daß in den vergangenen Jahren radikale Studentengruppen durch die Einflußnahme in den Studentenwerken in zunehmendem Maße versuchten, auch die Durchführung der Ausbildungsförderung im Sinne ihrer Ideologien umzufunktionieren."

Mitbestimmung bzw. „Mitwirkung" ist so lange erlaubt, wie sie zu den Ergebnissen führt, die vom Staat und den Monopolen erwünscht sind. **Sobald wir Mitbestimmungspositionen für unsere Interessen gegen die der Konzerne und Monopole ausnutzen, werden sie uns entzogen.**

Dieselbe Politik seitens der Herrschenden wird in der Frage des „Beirates" deutlich. In diesem Gremium, das eine konzertierte Aktion im Ausbildungsbereich ist, sitzen Profs, Beamte, Eltern, Studenten, „Arbeitgeber" und Arbeitnehmer. Sie sollen das Ministerium bei der Durchführung und weiteren Ausgestaltung des Gesetzes beraten. So kann der Staat auftauchende Konflikte (zwischen Unternehmern einerseits und Arbeitnehmern, Studenten, Eltern andererseits) früher erkennen, beschwichtigen und möglichst bevor solche Konflikte an der Basis (Unis, Schulen etc.) zu Auseinandersetzungen führen, Gegenmaßnahmen ergreifen, die das Austragen der Konflikte verhindern sollen. Wenn aber sich in dem Beirat selbst eine entschlossene Front (z. B. aus Studenten, Arbeitern, Eltern und progressiven Professoren) bilden sollte, die ihre Informationen veröffentlicht und zur Mobilisierung der Betroffenen beiträgt, so kann der Minister seinen „Beirat" schlankweg nach Hause schicken. Denn er ist nicht verpflichtet, einen Beirat zu bilden, sondern es ist ihm überlassen, ob er es tut oder nicht. Klar heißt es im Kommentar der SPD: **„Die Errichtung eines Beirates ist nach dem Entwurf nicht mehr zwingend vorgeschrieben, sondern dem Ermessen des zuständigen Bundesministers anheimgestellt. Dies ist auf die Absicht der Bundesregierung zurückzuführen, Beiräte und andere Beratungsgremien nicht mehr gesetzlich zu begründen, um sie leichter auflösen zu können, wenn die Notwendigkeit zur Beratung der Regierung in den jeweiligen Angelegenheiten nicht fortbesteht."** Um die Formierung in der Ausbildungsförderung zu verschleiern, werden hier und da ein paar scheindemokratische Gremien errichtet, deren Bedeutungslosigkeit für uns schon jetzt klar auf der Hand liegt. Aber selbst das bißchen Demokratie, was in der Ausnutzung solcher „Mitwirkungspositionen" liegt, ist den Herrschenden noch verdächtig, die Auflösung ist im Zweifelsfalle schon anvisiert.

Der Kampf gegen das neue BAFÖG, den der vds zusammen mit anderen Organisationen (BAK, DSW, WRK, GEW) führt, wird in diesem Semester auf Uniebene intensiviert.

Die ASten in NRW planen die Herausgabe eines Infos, später wird eine Streik - Informations - Woche stattfinden. Nur die massive Teilnahme daran und die Basisunterstützung der Politik, die der vds auf zentraler Ebene macht, hat noch die Möglichkeit, an diesem Gesetz etwas zu ändern. Betroffen sind alle Honnef-Geförderten.

Rainer Stollmann

Uni-Bibliothek, 3. 5. 71, 14.45 Uhr, Regalreihe 20, Nähe Nordkern

Statt SP: Studentenrat

Das Studentenparlament ist tot — Es lebe der Studentenrat! So hat schon mancher gerufen. Doch bevor man ein neues Modell der studentischen Legislative aufbaut, sind mehrere Probleme zu klären:

Problem 1: **LEGITIMATION DURCH WAHLEN** — Es wäre einfacher, wenn irgendwie immer die hochschulpolitisch aktiv arbeitenden Gruppierungen an den Entscheidungen beteiligt werden könnten. **Eine neue Studentenschaftssatzung würde aber nur dann genehmigt, wenn die Studentenvertretung, die rechtlich relevante Beschlüsse faßt (AStA, Haushalt), aus gleichen, freien usw. Wahlen hervorgegangen ist.**

Problem 2: **WIE WÄHLEN?** — Ohne übertrieben „demokratisch" zu sein, muß doch vermieden werden, **daß sowohl 919 Wähler in Abt. 5 als auch nur 10 Wähler in Abt. 19 je einen Direktkandidaten bestimmen** (so letzte SP-Wahl).

Problem 3: **WEN WÄHLEN? — Es ist nicht erforderlich, nur nach Wahllisten irgendwelche Funktionäre zu wählen.** Die gleichzeitige Wahl von Fachschaftsratsvorsitzenden wäre aber nur bei halbjährlicher Wahl möglich. Die gleichzeitige Wahl von UP-Mitgliedern ist juristisch nicht zulässig und politisch äußerst unerwünscht.

Problem 4: **BETEILIGUNG VON ARBEITENDEN GRUPPEN UND PERSONEN.** — Besser als das SP wären Fachschaftsvertreterkonferenzen, weil es dort noch um konkrete politische Arbeit geht. Noch besser wäre die Einbeziehung von Arbeitsgruppen, die sich z. B. spontan nach einer Vollversammlung bilden, da diese Leute aktiv arbeiten wollen.

Modell eines Studentenrates

Zusammensetzung: — ca. 25 aus unmittelbaren Wahlen hervorgegangene Vertreter,
— Fachschaftsvertreter,
— Vertreter von arbeitenden Gruppen.

Diese Zusammensetzung umfaßt alle an der Hochschulpolitik beteiligten Gruppierungen. **Durch einen solchen Studentenrat wäre zumindest theoretisch — im Gegensatz zum SP — eine Festlegung und Kontrolle der Hochschulpolitik möglich.**

Aufgaben: Die AStA-Wahl und die Verabschiedung des Haushalts kann aus juristischen Gründen nur von den unmittelbar Gewählten erfolgen. Doch gerade die hierüber hinausgehende und vom Studentenparlament nicht mehr wahrnehmbare Aufgabe kann durch ein politischeres Gremium gelöst werden: **Kontrolle der AStA- und Fachschaftsarbeit.**

Ein solcher Studentenrat würde in mehrfacher Hinsicht ein Umdenken erforderlich machen:

- **Der SR ist ein Gremium, das aus verschieden berechtigten Gruppen besteht.**
- Im SR sind Gruppen zur Zusammenarbeit gezwungen, die bisher nur gegeneinander gearbeitet haben.
- **Die Kontrolle und Festlegung der AStA- und Fachschaftsarbeit setzt für alle Beteiligten ein konkretes Arbeitskonzept voraus, welches z. Z. nur bei den AStA-Funktionären vorhanden ist.**
- Alle Mitglieder des SR müssen durch aktive Fachschafts- oder Gruppenarbeit zur Entscheidung über die studentische Hochschulpolitik legitimiert sein.

Die Wahlen für das nächste SP sind schon angesetzt. Wenn trotzdem die politische Entscheidungsmacht diesem Gremium weggenommen werden soll, dann müssen möglichst schnell Sitzungen des provisorischen Studentenrats einberufen werden, um dessen Funktionsfähigkeit empirisch festzustellen.

ee

▪ Drive-in ▪ erfolgreich

Das AStA Drive-in zu den G-Gebäuden hatte den gewünschten Erfolg. Die Parkplätze wurden plötzlich benutzbar — natürlich wie „geplant, ganz unabhängig von der AStA-Aktion", wie uns Oberhausmeister Vogl versicherte. Zwei Tage vorher war es allerdings noch „völlig unmöglich", die Schranken zu öffnen. Jetzt wird die Schranke erst dann geschlossen, wenn die G-Parkplätze wirklich belegt sind. Es hat dann auch für uns keinen Sinn mehr, hineinzufahren und eventuell den Baustellenverkehr zu behindern. Die Arbeiter arbeiten im Akkord. Dafür, daß die Schranke solange geöffnet bleibt wie noch Parkplätze vorhanden sind, wird der AStA des öfteren die Parkplätze kontrollieren.

Nach der Öffnung der Schranke hatte der Rektor nichts eiligeres zu tun, als auf seine Weise auf die Parkregelung hinzuweisen (Flugblatt und Presse vom 29. 4. 71). Schön wurde dabei der eigentliche Grund, um den es ging, nämlich die Parkausweismauschelei verschwiegen. Angespielt wurde aber in altbekannter Manier auf die „faulen Studenten", die nicht laufen wollen. Am Ende dann noch ein bißchen Kriminalisierung: „Der notwendige Schutz der Bediensteten erfordert gegen solche Handlungen (Drive-in/AStA) die erforderlichen Maßnahmen, die in einem Rechtsstaat hierfür zur Verfügung stehen. „Woher" solche Handlungen rühren, warum sie durchgeführt worden sind, das interessiert Herrn Faillard nicht weiter. **Auch kein Wort darüber, daß die zu schützenden Bediensteten absichtlich den Schlagbaum auf einen Kühler fallen ließen, daß ein LKW-Fahrer absichtlich mit Vorder- und Hinterrad den rechten Kotflügel, Stoßstange, Rücklicht eines VW zermalmte. Krimineller Störenfried ist für das Rektorrat nicht, wer Mißstände schafft (Rektor, Kanzler), sondern wer sie abschafft.**

Noch ein Wort an schwerbeschädigte Studenten: Parkausweise gibt es für Euch bei Eurem Dekan. Er hat genug! Wer dort keinen mehr bekommt, teile dies dem AStA mit.

rst

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

RENAULT

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

Wissenschaftsrat besucht die RUB

Viele Studenten sind skeptisch, wenn man ihnen zu erläutern versucht, daß Hochschulgesetze dazu dienen, den Einfluß des Staates und der Unternehmerinteressen in der Universität zu ermöglichen. Dieser Einfluß war schon immer gegeben, z. B. über direkte Forschungsaufträge der Industrie. Diese Methode war dem Staat jedoch auf die Dauer nicht systematisch genug, deshalb mußten die Hochschulgesetze her, die solchen Einfluß legalisierten. Wie dieser Einfluß Zug um Zug verstärkt wird, zeigt sich derzeit am konkreten Fall: Der Wissenschaftsrat besucht die Universität und ist am 24./25. Juni auch in Bochum „zu Gast".

Der Wissenschaftsrat treibt sein Unwesen schon seit 1957. Nicht zuletzt seinen falschen Prognosen ist es zu verdanken, daß in diesen Jahren die Hochschulkapazitäten unter den „Studentenlawinen" zusammenbrechen. Gerade auch deshalb forderten BAK und VDS seine Auflösung. Wissenschaftsminister Leussink dagegen, selbst jahrelang Vorsitzender dieses Gremiums und von daher in den Augen der SPD besser für das Ministeramt „qualifiziert" als jeder Vertreter der eigenen Partei, wollte dem Wissenschaftsrat in seinem ersten Hochschulrahmengesetzentwurf sogar Koordinationskompetenzen im gesamten Hochschulbereich zuweisen.

Ein Blick auf die Zusammensetzung dieses Gremiums zeigt klar auf, wessen Interessen es vertritt. 16 Mitglieder bestellen die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) gemeinsam, weitere sechs „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" benennen Bund und Länder. Die DFG verdankt nach eigener Aussage ihre heutige Gestalt der Einsicht, daß „Wissenschaft, Staat und Wirtschaft vertrauensvoll Hand in Hand arbeiten" müssen. 80 Prozent der Mittel werden aus öffentlichen Haushalten bereitgestellt, der Rest von Organisationen wie dem Stifterverband, einer Organisation der Wirtschaftsverbände, die „in der Erkenntnis der außerordentlichen Bedeutung der Wissenschaft für die Wirtschaft" gegründet wurde. Angesichts dieser Verhältnisse mißt die DFG mit Recht der „Zurückhaltung der staatlichen Stellen" bei Verteilung und Kontrolle dieser Mittel besondere Beachtung zu. **Die Konsequenz kann nur sein, daß die Interessen der anderen Geldgeber um so stärker berücksichtigt werden.** Die MPG arbeitet in Forschungsinstituten und ist von der DFG abhängig. Die WRK, das Gremium der Rektoren und Präsidenten, ist natürlich von ihrer Zusammensetzung und Interessenlage her nicht fähig, ein Korrektiv zu sein.

Diese Institutionen nun benennen fast drei Viertel der Wissenschaftsrats-Mitglieder. Da auch die restlichen 6 Vertreter so ausgesucht werden, daß alle Teile unserer „pluralistischen Gesellschaft" Berücksichtigung finden, bleibt als „demokratisches Feigenblatt" in diesem Gremium meist gerade ein altgedienter Gewerkschaftsfunktionär übrig (zuletzt Rosenberg). **Für eine überwältigende Mehrheit von Vertretern der Industrie und Wirtschaftsverbände ist also gesorgt!**

Als Ziele des Besuchs werden genannt: Information „der Hochschule" über die Bestrebungen des Rates, Stellungnahme der Hochschulen, Besprechung „besonderer Probleme". Die Gesprächsthemen werden mit knappen und präzisen Fragen umrissen: **gibt es detaillierte Studienpläne? Gibt es bereits 2- bis 3-jährige Studiengänge? Ermöglichen die Studiengänge eine Einhaltung der Studienzeiten? Gibt es bereits eine obligatorische Studienberatung? Welche Pläne zur Einführung des Aufbaustudiums gibt es?** Diese und andere Fragen machen klar, was uns in Kürze erwartet: **Ausrichtung der Studienpläne und -auswahl an den Geboten der Kurzstudienzeit und Bedürfnissen der Herrschenden, Sicherung der Durchführung dieser „Reform" durch Studien„beratung" (sprich: Manipulation).**

Welchen „Gesprächspartnern" sich die Besucher gegenübersehen möchten, lassen sie ebenfalls nicht im Dunkeln: zu den gerade zitierten Fragen möchten sie die „Leitungsgremien der Hochschule" anhören; auch Vertreter von Verwaltung, Bauamt und Planungsgremien wünschen sie kennenzulernen. **Mit mehr als 20 „Gesprächspartnern" wollen sie sich allerdings nicht konfrontiert sehen.** Nach Beendigung der „Besuche" sind „Schlußbesprechungen" in den jeweiligen Kultusministerien vorgesehen, um „erste Folgerngen aus den Besprechungsergebnissen zu ziehen".

Es wird also auch in Bochum endgültig ernst. Unser Vorschlag: **in der Woche des Aktiv-Streiks gegen das Hochschulrahmengesetz werden in allen Abteilungen von Seiten der Studenten, ggf. in Zusammenarbeit mit progressiven Assistenten, Stellungnahmen zu den Fragen des Wissenschaftsrates erarbeitet.** Der genaue Text, mit dem sich der Wissenschaftsrat eingeladen hat, ist den Fachschaften zugegangen. Erarbeitet Diskussionsbeiträge! Überlegt, wie man den Besuch würdig empfangen kann!

Die
Deutsche Volkszeitung
steht
links.

Die
Deutsche Volkszeitung
ist kritisch –
und
konstruktiv.

Die
Deutsche Volkszeitung
kämpft
auf
der
Seite
des
demokratischen
Fortschritts.

Sie
müssen
sie
kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Der Treffpunkt für in- u. ausländische Studenten im

·PUNKT·

Bochum, Hans-Böckler-Str. 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 14.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

Homosexuellen-Emanzipation

In der öffentlichen Diskussion zeigt sich eine zunehmende Tendenz zur Toleranz homosexuellem Verhalten gegenüber. Dieses „liberale Klima" hat den Homosexuellen aber nicht aus seiner Isolation befreit. Die teilweise Abschaffung des § 175 als eine Art „sexuelle Reform von oben" hat bis jetzt so gut wie nicht zur Emanzipation des Homosexuellen beigetragen.

Deshalb hat sich an der RUB Anfang Dezember eine Gruppe homosexueller Studenten zusammengefunden. Sie verfolgt mit iher Arbeit 2 Ziele: zunächst einmal will die Gruppe durch Diskussionen innerhalb der „outgroup" homosexuelle Kommilitonen (-innen) aus ihrer Isolation holen und ihnen zeigen, daß sie mit ihren Problemen nicht allein sind. Weiterhin sollen Möglichkeiten gefunden werden, Vorurteile der Gesellschaft gegenüber Homosexuellen abzubauen.

„Gesellschaftliche Reaktionen auf die Homosexualität basieren offensichtlich auf der allgemeinen Annahme, daß ein von der Norm abweichendes Individuum einen Einzelfall darstellt und als solcher besonders Beobachtung verdient." (Kinsey: Das sexuelle Verhalten des Mannes) Das bedeutet: um zu einer Emanzipation Homosexueller zu gelangen, muß der „Sonderfall" homosexuelles Verhalten aus dem Bewußtsein der Gesellschaft gestrichen werden.

Dies wird nur durch eine „sexuelle Revolution" möglich, bei der die Homosexualität gleichberechtigt neben anderen sexuellen Verhaltensweisen steht. Davon sind wir aber immer noch sehr viel weiter entfernt, als die Kassandra-Rufe der Moralkoitanten glauben machen wollen.

Das zeigen auch unsere Erfahrungen. Der Homosexuelle hat Angst, als solcher in der Öffentlichkeit erkannt zu werden. Wir (d. h. die Homosexuelle Aktionsgruppe an der RUB) müssen mit dieser Angst unserer Kommilitonen (-innen) rechnen. Deshalb werden wir auch weiterhin unsere Diskussionsabende nicht öffentlich bekanntgeben. Wer zu uns kommen möchte, oder auch nur weitere Informationen über uns haben will, kann uns über Herrn Peters (Tel. 71-3857) vom Studienbüro erreichen.

H. Scheerer

NEIN-TIME

Wahlversammlungs-termine

Abteilungs-nummer		Raum	Zeit
1		GB 5	11. 5., 11.00
2		HMA 3	10. 5., 12.30
3	(bereits gewesen)		
4		HGA 2	11. 5., 16.00
5	(vorläufig)	HGB 1	10. 5., 14.30
6*		HZO 10	14. 5., 10.00
7		HZO 10	10. 5., 13.30
8	GC 04 (Rote Treppe)/GC 05/606		10. 5., 11.00
9		HIC	11. 5., 10.15
10	(bereits gewesen)		
11		HZO 20	10. 5., 11.00
12	(bereits gewesen)		
13	(bereits ins Wasser gefallen)		
14	(bereits gewesen)		
15		HZO 70	7. 5., 10.00
16	(Boykott bereits durchgeführt)		
17, 18, 19	(bis Redaktionsschluß nicht zu erfahren)		

* Anmerkung:
Dieser Termin ist jedoch unzulässig, da die Wahlversammlungen bis zum 11. 5. stattgefunden haben müssen.

Club Liberitas

BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 1 67 35

		Nicht-mitgl.	Stud.
Fr 7. 5. 71 20.00 Uhr	MANOLO LOHNES, Mainz Flamenco u. andalusische Zigeunermusik	6,—	4,—
Sa 8. 5. 71 17.30 Uhr	EINMALIGES SONDERGASTSPIEL ! ! ! ALEXIS KORNER, London	10,—	10,—
Di 11. 5. 71 20.00 Uhr	JENSEITS, Haltern Progressive Popmusik	frei	frei
Do 13. 5. 71 20.00 Uhr	IGNORAMUS, Essen Pop-Folklore	frei	frei
Fr 14. 5. 71 20.00 Uhr	ALBERT MANGELSDORFF QUARTETT Free Jazz	7,—	5,—
Sa 15. 5. 71 20.00 Uhr	AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG IM SPEKTRUM: KLAUS STEINMANN, Berlin	frei	frei
Sa 15. 5. 71 20.00 Uhr	JAN HUYDTS TRIO, Amsterdam Pop Jazz	5,—	3,—
Mi 19. 5. 71 20.00 Uhr	CHAMPION JACK DUPREE, New Orleans Authentischer Blues der 30er Jahre	8,—	6,—
Fr 21. 5. 71 20.00 Uhr	NEW JAZZ FOUR, Dortmund Free Jazz	4,—	2,50
Sa 22. 5. 71 20.00 Uhr	BRIGITTE LEBAAN und ALFONS NOWACKI Chansons, Moritaten, Balladen von Brecht, Prévert, Graßhoff, Tucholsky und Friederike Kempner	5,—	3,—

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet. Öffnungszeiten der Galerie SPEKTRUM: täglich von 15.00 bis 19.00 Uhr.

Alle Jahre wieder

Übungsbedingungen in Abt. VI

Zu jedem Semesteranfang versuchen irgendwelche Professoren oder Privatdozenten von neuem, in ihren Übungen wieder die alten, längst überholten Bedingungen einzuführen. Und in jedem Semester müssen die Übungsteilnehmer erneut mehr oder weniger massiv auf ihre Rechte hinweisen. Die Herren Übungsveranstalter entschuldigen sich dann meist damit, sie hätten ihre letzte Übung schon vor längerer Zeit abgehalten oder noch nie so etwas gemacht, oder aber, solche „Übungsbedingungen" wären doch ganz normal.

Sie wollen, daß die Übungsteilnehmer sich willkürlich in Gruppen einteilen lassen, daß jeder Professor für „seine" Gruppe eigene Arbeiten und Aufgaben stellen darf, daß die Klausuren in riesengroßen Hörsälen und unter der Aufsicht möglichst vieler Assis und Hiwis geschrieben werden usw.

Derart beschissene Bedingungen sind aber schon vor mehr als 3 Semestern erfolgreich bekämpft worden; und doch versucht regelmäßig irgendjemand, sie trotzdem wieder einzuführen.

So gab es auch in diesem Semester wieder einige Herren, die für jede Übungsgruppe verschiedene Aufgaben stellen wollten, die Klausuren in der Reihenfolge schreiben lassen wollten, daß man schon die nächste schreiben mußte, ohne zu wissen, ob das Ergebnis der vorhergehenden nicht schon ausreichend war etc.

Die Übungsteilnehmer hatten dann in der ersten Übungsstunde dieser Herren nach langer Diskussion mit einem der Übungsleiter folgendes beschlossen:

1. **Es ist eine zweite Hausarbeit im Semester auszugeben,**
2. **die erste Klausur wird erst in der zweiten Übungsstunde geschrieben,**
3. **jede Klausur, außer der ersten, muß für alle Teilnehmer die gleiche sein.**
4. **eine Klausur ist nur dann zu schreiben, wenn die vorhergegangene zurückgegeben worden ist.**

Folgender Antrag wurde auch einstimmig angenommen: Die erste Klausur wird in drei thematisch gegliederten Gruppen geschrieben. Die Einteilung ist eine Richtlinie. Die restlichen Klausuren werden mit dem gleichen Thema für alle geschrieben. Sie sollen, soweit es möglich ist, in einem Hörsaal geschrieben werden; wenn nicht, dann finden diese drei Klausuren in den drei angegebenen Räumen statt. Die Wahl des Raumes steht den Übungsteilnehmern offen.

Diese Forderungen sind von den Übungsveranstaltern dann auch anerkannt worden. Wir werden aber, however, auch in den kommenden Semestern uns hier keine Abstriche gefallen lassen; sollte dennoch ein solcher Versuch unternommen werden, so wissen die Übungsteilnehmer jetzt wenigstens, wie sie auf solche Provokationen entschieden und massiv zurückschlagen können. -krahl-

Duldet keine Faschisten an der Ruhr-Universität

Die Faschisten werden immer frecher. Sie scheuen sich nicht mehr davor, offen in Universitätsgebäuden ihr Unwesen zu treiben und die universitäre Öffentlichkeit zu provozieren.

Zwei Männer, Mitte dreißig, von untersetzter Gestalt, trieben sich am vergangenen Donnerstag in der Mensa herum. Wie der Student beobachten konnte, spionierten sie dort die Räumlichkeiten aus und belauschten verschiedene Gespräche unter den Studenten. Ein besonderes Interesse schienen sie für die einzelnen studentischen Gruppen zu haben, die dort ihre Büchertische aufgestellt hatten.

Es handelte sich offensichtlich um zwei Mitglieder der „Aktion Widerstand": An ihren Rockaufschlägen trugen sie mit überheblichen Stolz das Emblem ihrer faschistischen Organisation — ein „W" auf rotem Untergrund. Sofort, nachdem sie erkannt worden waren, wurden sie von Studenten und AStA-Mitgliedern aufgefordert, die Mensa und das Unigelände unverzüglich zu verlassen.

Die Faschisten zeigten aber keine große Eile und hatten es offenbar auf eine Provokation mit den Studenten abgesehen. Erst als sie sich einer wachsenden Übermacht von Studenten gegenüber sahen, zogen sie sich langsam zurück und verschwanden in einem roten VW (Kennzeichen BO — LD 37).

Die unverschämte Provokation der „Aktion Widerstand" gewinnt umso mehr politische Bedeutung, als wir aus sicherer Quelle erfahren haben, daß dies kein Alleingang zweier Faschisten war, sondern daß dies ein geplanter Erkundungsgang gewesen ist. D. F. H.

■ Fachschaft Geschichte ■ mit neuen Arbeitsformen

Die Diskussion über effektive Fachschaftsarbeit wird derzeit auf zwei Ebenen geführt. Einerseits gilt es, den Kontakt zwischen AStA und Fachschaften zu verbessern. Über erste erfolgversprechende Ansätze wird an anderer Stelle berichtet. Andererseits stellt sich für die meisten Fachschaften das Problem, wie sie die Barriere überwinden können, die in vielen Fällen zwischen ihnen und den von ihnen vertretenen Studenten besteht. Es hat sich gezeigt, daß der Kontakt über Flugblätter und einmal im Semester stattfindende Vollversammlungen nur bedingt aufrechtzuerhalten ist.

Mit dieser Schwierigkeit hat sich auch die Fachschaft Geschichte auseinanderzusetzen. Sie kam zur Einsicht, daß durch das direkte Gespräch manche Verständigungsschwierigkeiten ausgeräumt werden können. Da sich zudem das Verhältnis zu den Assistenten in letzter Zeit recht positiv entwickelt hat, gelang es, in der vergangenen Woche eine breite Diskussion in den Proseminaren zu führen. Gegenstand der Diskussion war die Berufsperspektive für Historiker, Grundlage das Info 2 des Projektbereichs Lehrerausbildung. Auch bei den Historikern bleibt für mehr als 80 Prozent der Studenten nur der Weg zurück in die Schule. Die Diskussionen zeigten sehr deutlich, wie notwendig und fruchtbar die unmittelbare persönliche Information über Bildungsplanung und ihre Hintergründe sein kann. **Vielen Studenten konnte die sozioökonomische Problematik der Verschiebung der schulischen und universitären Schwerpunkte von den Geistes- und Gesellschafts- zu den Naturwissenschaften nahegebracht werden.**

Von seiten der Fachschaft wurde Wert darauf gelegt, den Historikern nicht etwa die Aufgabe ihres Studiums anzuempfehlen (so leicht wird wohl keiner statt Geschichte Mathematik studieren können!), sondern von der **Notwendigkeit möglichst alle erfassender Organisationen zu überzeugen. Dazu soll der Projektbereich Lehrerausbildung dienen.** Im Rahmen der Fachschaftsvollversammlung am heutigen Donnerstag soll eine Abteilungsgruppe gegründet werden.

In den Diskussionen kam immer wieder zum Ausdruck, daß der enorme Leistungsdruck im Studium kaum Gelegenheit zu weitergehendem Engagement lasse. Die Antwort darauf: Je mehr Studenten mitarbeiten, **desto geringer wird der Arbeitsanteil für den einzelnen; und was nützt das schönste Examen, wenn es den Berufsanforderungen nicht genügt und der Arbeitsplatz unsicher ist!**

Alle Fachschaften sollten überlegen, ob die hier geschilderte Arbeitsweise in ihrer Situation nicht ebenfalls anwendbar ist. Das Aktionsbündnis mit den Assistenten schafft diese Möglichkeit, und auch Professoren sind ansprechbar! m-l

SPD-POLITIK GEGEN LINKE

Offene Diskussion über die **SPD-Parteiratsbeschlüsse** zur Aktionseinheit mit Kommunisten, zu den JUSO-Kongressen zur Zusammenarbeit mit d. SHB veranstaltet von **Sozialdemokratischer Hochschulbund SHB, Junge Garde JG**

Donnerstag, 13. Mai, 18.00 Baracke 3 (Haus d. Freunde) vor der Mensa

Argumente der „Linken Einheitsliste"

Im Gemeinsamen Aktionskonzept von Assistenten und Studenten heißt es: „Prüfungsordnungen dürfen vom UP nur verabschiedet werden, wenn sie die von der Universitätskommission für Lehre (UKL) verabschiedeten Grundsatzkriterien für Prüfungsordnungen enthalten."

Die Magisterordnung der Abteilung VIII erfüllt diese Kriterien in verschiedenen Punkten nicht. Trotzdem ist ihre Verabschiedung in den 8-Punkte-Katalog der „Linken Einheitsliste" fürs 6-Wochen-UP eingegangen. Als ein Vertreter des AStA bei der Fachschaftsvollversammlung Ev. Theol. am vergangenen Dienstag den anwesenden Spartakisten diesen Widerspruch vorhielt, antwortete Margarete Farle (Mitglied der UKL!), es gelte nicht, Prüfungsordnungen an irgendwelchen esoterischen Kriterien zu messen, sondern an den „Bedürfnissen" der Studenten! Die BSU wirds ihr danken!

Studienanfänger!

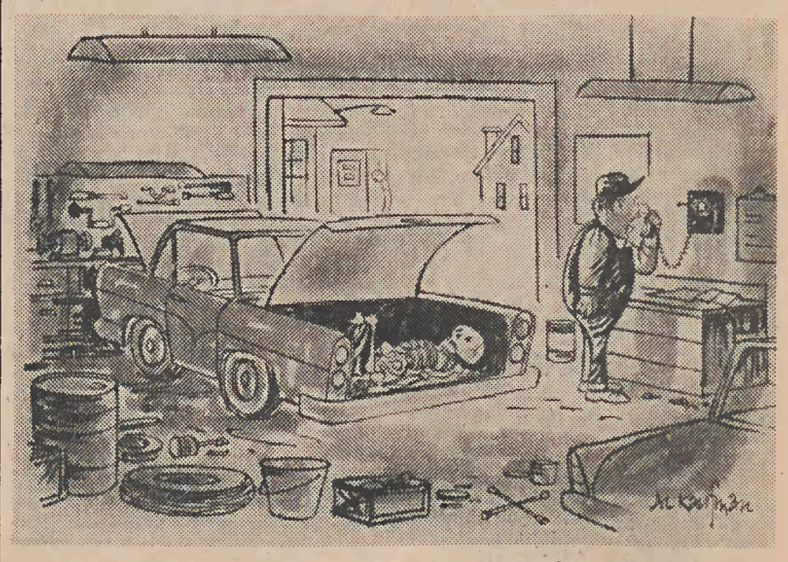
Das Studienbüro der Ruhr-Universität Bochum bietet an: eine kurze

Einführung in die Probleme des Studiums

mit Hinweisen auf bestehende Möglichkeiten zur Aufnahme von **Sozialem Kontakt**
und Hinweisen auf **Studientechniken**
sowie Auskunft über die **Hilfe,** die das Studienbüro jedem Studierenden **im Einzelfall** bieten kann.
am **Donnerstag,** 13. Mai 1971, 18.30 c. t.,
im Hörsaal NB 400.

Im Anschluß hieran — etwa ab 19.30 Uhr — stehen alle Mitarbeiter des Studienbüros für ein Einzel- oder Gruppengespräch in den Räumen des Studienbüros IC-FW 04 zu Ihrer Verfügung.

Ihr Studienbüro
Beratungsdienst für Studierende



"I found that rattle, Mr. Morris, and I think you and your lawyer had better get right down here!"

Klatsch Tratsch

grönländische walfänger werden sich, sobald sie von ihrer frühjahrsfahrt zurück sind, zu einem protestzug durch die uni formieren. der grund: sie glauben, daß der vom asta geforderte „walboykott" dazu führen könne, daß in der mensa kein walfischfleisch mehr verabreicht wird. „das könnte für uns den bankrott bedeuten", meinte ein walfänger.

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

bochum hat endlich seinen unifeind nr. 1: es ist die „zimmermann-eisel bande" (bild-zeitung). ihnen wird vorgeworfen, einen senat gesprengt zu haben, den rektor verunglimpft und die ganze uni in den schmutz gezogen zu haben. wie ein polizeisprecher mitteilte, will man die ganze bande — die von prominenten persönlichkeiten gedeckt werden soll — erst einmal in schutzhaft nehmen. dank den aufopferungsvollen hinweisen einiger bsu-leute ist es der hiesigen polizei gelungen, bereits 754 banden- und sippenmitglieder in der ganzen brd zu verhaften.

so manch einer wunderte sich letzte woche über das gemeinsame spartakus-fhv flugblatt. wie kam es zu dieser plötzlichen annäherung? vor drei wochen bat fred blecher den robert farle zu sich nach hause zu einem tischtennisspiel. farle gewann. darauf verwies die dkp auf die jahrtausendealte freundschaft zwischen liberalen und kommunisten und lud den fhv zu einem flipper-turnier ein. der fhv gewann. so tauschte man noch einige höflichkeitsfloskeln aus und war bald fest befreundet. tja, so einfach geht das heutzutage, allerdings natürlich nur in einem so kleinen rahmen.

Was schenken?
geht zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen warten auf Euch!

Elektronische Orgeln
Ein Klangreichtum den man erleben muß.
Über 20 verschiedene Modelle am Lager.
Eigener Fachservice
MUSIKHAUS KÜHL
BOCHUM KORTUMSTRASSE 93

Fertilitätshemmung beim Manne
Männl. mögl. verh. Probanden z. klin. Erprobung v. fertilitätshemmendem Injektionspräparat ges. Wöchentl. 1 Injektion. Unkostenerst.
Dr. Mauß,
Tel. Essen 79 91 25 81
Mo. — Fr. 14.00 — 17.00.

FOTO NIGGEMEYER
Das vielseitige Fachgeschäft für die Amateur- und Berufsfotografie
463 Bochum - Luisenstraße 12-14 - Borgmannstraße 2
Telefon (0 23 21) 1 60 84 - Telex 8 25 709
FOTO- UND FILMFREUNDE
werden von uns aufmerksam betreut

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße
hinter der AStA-Baracke

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Renate Zimmermann-Eisel, Rainer Stollmann, Manfred Buhl.)

Redaktion: Reinhard Greeven, Axel Jost. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Auflage: 10 000 Exemplare

Anzeigenleitung: Erich Eisel

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 24 16.